

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 234.

Dienstag, den 6. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Kriegsluftschiff.

Von Rudolf Krafft.

II.

Was nun die Rolle anbelangt, die das Kriegsluftschiff als Waffe im Feldkrieg, das heißt in dem Teile des Krieges, der sich nicht mit der Belagerung und Zernierung von Festungen beschäftigt, voraussichtlich spielen wird, so wird es Abteilungen, die sich bewegen, kaum sehr schaden können. Die Zeiten, in denen große Massen geschlossen auf dem Gefechtsfeld marschierten, sind ja vorüber. Hingegen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kriegsluftschiffe den gewöhnlichen Marschkolonnen das Passieren von Defileen, vor allem von Hohlwegen und Pässen, wenigstens bei Tage und in mond hellen Nächten sehr erschweren, selbst unmöglich machen können.

Da das Kriegsluftschiff selbstverständlich in den Fällen, in denen große, unbewegliche Ziele in Betracht kommen, am wirksamsten bombardieren kann, so kann es im Kriege ruhende Truppen, mögen sie sich nun in Ortsunterkunft oder im Bivak befinden, schwer gefährden.

Während der Schlacht werden vor allem die feindlichen Stützpunkte (zur Verteidigung eingerichtete Ortschaften und Schanzen) von den Kriegsluftschiffen auf das Korn genommen werden. Der russisch-japanische Krieg hat zwar den Spaten zu hohen Ehren gebracht, er ließ den Bau von mächtigen Erdwerken als sehr wichtig erscheinen; nun aber wird das Kriegsluftschiff der Herrlichkeit vielleicht ein Ende bereiten. Hätten die Japaner Kriegsluftschiffe gehabt, so wären die Russen wahrscheinlich garmicht zum Bau ihrer großen Befestigungen von Liaujang und bei Mukden gekommen. Und selbst, wenn es ihnen gelungen wäre, so hätten sie sich darin nicht lange aufhalten können.

Wenden wir uns nun dem Kriegsluftschiff als Rekognoszierungs mittel zu.

In der Aufkundschaffung von Truppenbewegungen wird es bei trübem Wetter, bei Nebel, bei Nacht, sofern die Nächte nicht sehr hell sind, kaum viel leisten, weil es sich wegen der Gefahr des Heruntergeschossenwerdens nicht zu sehr der Erde nähern darf. Bei gutem Wetter aber wird es selbstverständlich vortreffliche Dienste leisten. Das gleiche wird auf Truppenansammlungen zutreffen.

Wesentlich günstiger ist die Situation der Kriegsluftschiffe im Festungskrieg, denn hier handelt es sich um große, unbewegliche Objekte, die auch bei unklarem Wetter leichter zu beobachten sind. Ferner dauert die Belagerung einer Festung im allgemeinen so lange, daß eine günstige Witterung nicht ausbleiben kann. Dann sind die Kriegsluftschiffe imstande, in Stadt und Festungswerke genau hineinzufahren.

Daß endlich die lenkbaren Luftschiffe — es brauchen in diesem Falle keine Kriegsluftschiffe zu sein — schon im Frieden die Festungen sehr leicht ausspionieren können, ist selbstverständlich. Vielleicht wird dies ein weiterer Grund für die Unhaltbarkeit der Festungen sein, deren militärischer Wert sowieso sehr problematisch ist.

Man kann also getrost sagen, daß das Kriegsluftschiff ein fürchtbares Kriegsmittel vorstellen wird. Es wird daher nichts übrig bleiben, als auf Mittel zu sinnen, mit denen man sie vernichten kann. Mit Geschützen und Gewehren wird gegen sie nur dann etwas zu erreichen sein, wenn sie tief fliegen. Die Hauptwaffe gegen sie wird nur das Kriegsluftschiff selbst sein können. Ist einmal der erste Kriegsluftschiffstyp da, so wird man sofort daran gehen, einen neuen Typ zu erfinden, der sich nach allen Richtungen schneller bewegen kann und daher imstande ist, Kriegsluftschiffe des ersten Typs einzuholen. Wir wollen diese Art Kriegsluftschiffjäger nennen. Auf diesen Typ wird ein dritter folgen, auf ihn ein vierter usw., bis der Staatsbankrott da ist.

Da das Einholen nicht genügt und der Eingeholte sich wehren will, so ist es klar, daß die Kriegsluftschiffe mit Schußwaffen werden versehen werden, die leicht und weittragend sein müssen. Können sie Explosivgeschosse nach der Art der Schrapnells oder der Sprenggranaten versenden, so wird ihre Treffwahrscheinlichkeit größer sein. Damit eröffnet sich den Waffentechnikern ein neues Feld. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß auch bei den Kriegsluftschiffen der uralte Kampf zwischen Angriffsmittel und Deckungsmittel zur Geltung kommt, das heißt, daß sie an den exponiertesten Stellen eine Panzerung erhalten, die freilich sehr leicht sein müßte. Die Erfinder der Panzerplatten stünden dann vor der neuen Aufgabe, einen Panzer herzustellen, der kleineren Geschossen und Sprengstücken Widerstand leistet, dabei aber von sehr geringem Gewicht ist.

Kurz, man muß sich darauf gefaßt machen, daß bei den Kriegsluftschiffen ähnliche Verhältnisse eintreten werden,

wie bei der Kriegsmarine, wo eine Konstruktion die andere verdrängt.

Natürlich wird die Konstruktion von Luftschiffjägern über die Notwendigkeit der im Verlauf unserer Erörterungen erwähnten Befestigungen nicht hinweghelfen, weil kein Teil sicher ist, wer die Oberhand behält, und die Luftschiffjäger feindliche Luftschiffe bei Nacht oder nebeliger Witterung leicht übersehen können.

Wer das Vorstehende überdenkt, wird mir recht geben, wenn ich sage, daß das Kriegsluftschiff eine neue „Gottesgeißel“ für die sich zivilisiert nennenden Völker werden wird. Es wird für neue Befestigungen und für sich selbst Unsummen kosten, die der Zivilisation und der Kultur verloren gehen.

Aber nicht genug damit: Es wird die Verrohung der Kriegsführung, die jetzt schon infolge der modernen Waffenwirkung einen fürchtbaren Grad erreicht hat, wesentlich erhöhen. So ist es zum Beispiel sehr wohl möglich, daß von zwei Kriegsparteien die eine auf der Erde siegreich sein kann, die andere aber in der Luft. Nun kann die in der Luft dominierende sagen: „Wenn ihr in meinem Lande noch einen Schritt vorwärts macht, so lasse ich einige eurer Städte von meinen Luftschiffen bombardieren und niederbrennen“, worauf die andere Partei ähnliche Repressalien in Aussicht stellen wird. Man stelle sich ferner einen Zukunftskrieg vor: In der Luft wird gekämpft, auf der Erde wird gekämpft, auf dem Wasser und unter dem Wasser (Unterseeboote) wird gekämpft! Wahrlich, die militärisch-kapitalistische Gesellschaft hat es weit gebracht!

Der einzige Trost, den das Kriegsluftschiff vielleicht bietet, besteht darin, daß es im Kriege ein äußerst unberechenbarer Faktor sein und daher die herrschenden Klassen erneut an das große Wagnis erinnern wird, das ein Krieg bedeuten würde. Insofern kann es der Erhaltung des Friedens nützlich sein. Aber trotzdem wird es Milliarden verschlingen, für die die Völker eine bessere Verwendung hätten, wenn die herrschenden Klassen es zuließen.

Die Regierungen als Werber für den Reichslügenverband.

Die Aufdeckung der Tatsache, daß die Organe der deutschen Regierungen Lehrer für die Berliner Drillanstalt des Reichslügenverbandes werben, ist in der gesamten deutschen Presse unwiderrprochen geblieben! Keines der zahlreichen offiziellen Organe hat den Feststellungen des Artikels „Staatlich-reichsverbändlerischer Lehrerdill“ auch nur ein Wort der Anzeiwung entgegenzusetzen gemagt! Samt und sonders schmiegen sie die Veröffentlichung tot, obgleich die „Post“, die natürlich von dieser engen Verbrüderung zwischen Regierungen und Reichslügenverband hoch entzückt ist, sie durch Wiedergabe unterstrichen hat. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist so stumm wie das Grab!

Das ist das Eingeständnis!

Es steht also fest: die deutschen Regierungen werben Lehrer als Rekruten für die Drillanstalt des Reichslügenverbandes!

Die Volksschule wird als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie mißbraucht — als Mittel, den sozialdemokratisch gesinnten Eltern die Kinder zu entfremden, zu rauben! Und der Volksschullehrer soll sich, so wollen es die deutschen Landesregierungen, in der Drillanstalt des Reichslügenverbandes zum skrupellosen Klopffechter gegen die Sozialdemokratie ausbilden lassen! In der Schule wie außerhalb der Schule soll der Lehrer als Landsknecht der Herrschenden gegen das Proletariat kämpfen!

Was kümmert's die Junker und Bourgeois, was kümmert's ihre Ausschüsse, die Regierungen, was dabei aus der Erziehungsarbeit der Schule, was dabei aus der Volksbildung wird! Schule und Lehrer sollen Werkzeuge der Klassenherrschaft sein!

Und wenn Rußlands Zar sich nicht scheut, die blutige Hand der Frauen- und Kindermörder vom „Schwarzen Hundert“ zu drücken, weshalb sollen deutsche Regierungen nicht mit dem von allen anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei verachteten Reichslügenverband zusammenarbeiten!

Uns kann's recht sein. Dieser erschreckende Mangel an Keintlichkeitssinn und dieses Wüten wider die wirklichen Aufgaben der Schule und des Lehrers zeigen uns ja doch nur, wie schlecht es um die Sache unserer Feinde bestellt sein muß!

Die proletarischen Eltern aber werden sich angefangs dieser Tatsache mit gesteigertem Eifer daran machen, ihre

Kinder zu bewahren vor dem verderblichen Einfluß einer mißbrauchten Schule und „Jugenderziehern“, die in der Drillanstalt des Reichslügenverbandes niedrige, ekle Klopffechterweise lernen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Regierung hat keine Angst.

Auf der Jahresversammlung des pommerischen Lehrervereins war die Regierung diesmal nicht vertreten. Pastor Müller gab der Meinung Ausdruck, daß dieses Fernbleiben beweise, daß die Regierung eine Aussprache mit den Lehrern scheue. Am andern Tage erschien dann der Oberregierungsrat v. Falkenthal von der Steffiner Regierung, erbat sich sofort das Wort und erklärte nach einer Feststellung der „Täglichen Rundschau“:

„Herr Pastor Müller hat in der gestrigen Debatte das Wort gebraucht, daß die Regierung zu der gegenwärtigen Lagung der pommerischen Lehrerschaft nicht erschienen sei, weil sie wohl Angst habe. Mit Pastor Müller wird sich die Regierung an anderer Stelle auseinandersetzen. Dadurch, daß die Versammlung die Erklärung mit Beifall aufgenommen hat, haben Sie sich an einer schweren Herabsetzung und Diskreditierung Ihrer vorgelegten Behörde beteiligt. Respekt vor der vorgelegten Behörde ist ja nicht modern. Ich konstatiere, daß wir keine Angst haben. Wir können natürlich Ihren Verhandlungen nicht mehr ein so warmes Gefühl entgegenbringen und an Ihren Verhandlungen weiter nicht mehr teilnehmen.“

Kolossal schneidig! Die Leitung des nun folgenden Disziplinarverfahrens gegen den Pastor Müller wird hoffentlich dem Oberregierungsrat Falkenthal übertragen, der Mann versteht es, Pastoren und Lehrer zu behandeln.

Die belehrten Landräte.

Wir haben berichtet, daß die Landräte des Wahlkreises Prenzlau-Angermünde, in welchem demnächst eine Nachwahl stattzufinden hat, sich geweigert haben, die dort beschäftigten Saisonarbeiter in die Wählerliste aufzunehmen. Der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, Genosse Otto Wels, hat sich darauf beim Regierungspräsidenten in Potsdam beschwert und daraufhin folgende Antwort erhalten:

„Die Herren Landräte der Kreise Angermünde und Prenzlau habe ich am 14. d. M. benachrichtigt, daß nach der Praxis der Wahlprüfungskommission und des Plenums des Reichstages die ständig oder für längere unbestimmte Zeit außerhalb ihres Wohnortes beschäftigten Arbeiter, insbesondere auch die sogenannten Saisonarbeiter, an Orte ihrer regelmäßigen auswärtigen Beschäftigung in der Regel als wahlberechtigt anzusehen seien. Es seien daher solche Personen nur dann in die Wählerliste nicht aufzunehmen, wenn feststeht, daß sie den Schwerpunkt ihrer Existenz nicht vom Wohnort an den Beschäftigungsort verlegt haben.“

Im übrigen muß es jedem einzelnen selbst überlassen bleiben, Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste selbst zu erheben.

Von Amts wegen können die ausgelegten Listen nicht mehr geändert werden.

In Vertretung
(unleserliche Unterschrift.)

Die Wählerlisten sind mittlerweile abgeschlossen. Eine Änderung der Wählerlisten ist nach Angabe des Regierungspräsidenten nicht mehr möglich, sodaß in der Tat die Saisonarbeiter ihr Wahlrecht verlieren dürften. Selbstverständlich wird durch diese Vorkommnisse ein Wahlprotest ganz außerordentlich gestützt.

Ein Majestätsüber für die Alldeutschen.

Wenn es nach den Hirngespinnsten der jetzt vom Reichsverbändler Liebert geleiteten Alldeutschen ginge, dann käme Deutschland aus den Konflikten mit anderen Staaten überhaupt nicht heraus. Der Zwischenfall in Casablanca ist dadurch entstanden, daß deutsche Deserteure der Fremdenlegion aus den Händen des deutschen Konsuls von den Franzosen gewaltsam weggenommen wurden. Die Franzosen haben dann behauptet, daß die Desertion deutscher Fremdenlegionäre durch ein besonderes Bureau systematisch betrieben werde. Das ist von deutscher Seite bestritten worden. Nun meldete sich plötzlich ein alldeutscher Verein, in Köln, mit der Behauptung, daß er die Desertion der Fremdenlegionäre stets gefördert habe und insbesondere die in Casablanca verhafteten Deutschen zur Desertion veranlaßt hatte. Diese eckelalldeutsche Tollypatzliche Keit war der Regierung doch zu toll, denn die „Kölnische Zeitung“ schreibt offiziös:

„Ein deutscher Verein gegen die Fremdenlegion hat es für angezeigt gehalten, sich mit einem Schreiben an die französische Regierung zu wenden, worin er die Institution der Fremdenlegion angreift und gegen die Verhaftung der deutschen Legionäre in Casablanca Einspruch erhebt. Der Verein war bisher hier

völlig unbekannt, und seinem Einspruch würde weiter keine Bedeutung beizulegen sein, wenn er nicht in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung die Fahnenflucht der deutschen Legionäre als sein Werk bezeichnet und angekündigt hätte, daß er auch in Zukunft Legionäre befreien und seiner Tätigkeit eine größere Ausdehnung geben werde. Es versteht sich ganz von selbst, daß die deutsche Regierung im allgemeinen und die deutschen Konsularbehörden in Marokko solchen Unternehmungen durchaus fernstehen, und sie nur in billigen können. Deutschland ist nicht berechtigt, in die inneren Angelegenheiten der französischen Armee einzugreifen oder Leute, die ihr vertragsmäßig angehören, zur Fahnenflucht zu ermuntern. Dies verbietet sich aus den tatsächlichen, noch mehr aber aus politischen Gründen, die auch für deutsche Privatpersonen maßgebend sein sollten. Durch die Veröffentlichung des deutschen Vereins wird den französischen Behauptungen vom Vorhandensein einer Desertionsagentur allem Anschein nach eine unerfreuliche Bestätigung gegeben. Das ist an sich schon bedauerlich; wie aber der Verein glauben kann, daß er durch seine Wühleret das Los der deutschen Fremdenlegionäre verbessern oder die Aufhebung der Legion veranlassen kann, ist unverständlich. Solange leichtfertige und oft bedenkliche Elemente sich dazu bereit finden, ihr Leben und ihre Gesundheit für schlechten Lohn zu Markte zu tragen, wird Frankreich auf diese billige Menschenware kaum verzichten.

Der Wahlmänner Liebert und seine Kumpane scheinen der Regierung allmählich fürchterlich zu werden.

Irreführende Zahlen.

Jetzt, wo den Massen die Schräpcköpfe der neuen Steuern angelegt werden sollen, fühlen sich die Pressorgane der herrschenden Klassen veranlaßt, so etwas wie eine Beschönigung der bestehenden Steuerfreiheit der Reichen zu versuchen. Man führt das in der zwar nicht neuen, aber dafür abgedruckten Manier durch, daß man den Steuerzahlern die Überzeugung beizubringen sucht, im Auslande zahle die große Masse noch unendlich viel mehr Steuern, als im Lande der Kasernen und der Soldatenlager. Was damit dem deutschen Arbeiter geboten sein soll, ist freilich unerfindlich. Ihn drückt die Last der indirekten Steuern nicht weniger, wenn er erfährt, daß auch den englischen Arbeiter die Steuern noch mehr drücken sollen, wie ihn. Aber davon ganz abgesehen. Die Behauptungen, mit denen man hier krepfen geht, sind alle grundlos. Man höre beispielsweise, welche Rechnung die „Kölnische Zeitung“ aufstellt. Sie schreibt:

„Als Ergebnis haben wir eine Gesamtbelastung der Bevölkerung mit Steuern für staatliche u. kommunale Zwecke in England mit fast rund 96, in Preußen-Deutschland mit etwa rund 50—51 Mk.! Das „freie“, freihändlerische England hat also nahezu die doppelte Steuerlast zu tragen im Verhältnis zu Deutschland. Man darf dabei nicht sagen, ja, in England sind es die wohlhabenden Schichten, die die Hauptlast der Steuern tragen. Die Zölle, Akzisen, sowie die kommunalen Steuern fallen unbedingt auf die Masse der Bevölkerung. Diese allein aber betragen 31.4 + 2.6 + 30.46 = 64.46 Mk. auf den Kopf gegenüber 19.93 Mk. an Zöllen und indirekten Steuern in Deutschland. Die deutschen kommunalen Steuern sind eben schon jetzt nach einem weit gerechteren Steuersystem veranlagt als die englischen, sie berücksichtigen gerade die Tragfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsschichten, was die englischen kommunalen Steuern nicht tun. Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß ein Teil der kommunalen Steuern in England auf die wohlhabenden Bevölkerungsschichten, die Besitzer der städtischen Häuser und der ländlichen Grundstücke überwälzt werden, so kann dieser Teil doch kaum ein Drittel bis ein Viertel der gesamten Belastung mit kommunalen Steuern betragen, d. h. die Prokopfrate von 30.46 Mk. wird schmerzlich auch nur um 10 Mk. zu verringern sein. Es ergibt sich dann immer noch, daß eine fünfköpfige englische Familie allein an Zöllen und Verbrauchssteuern, sowie an Wohnungssteuer mindestens 5 x 34.46 = 172.3 Mk. zu tragen hat, eine deutsche rund 100 Mk. Und wenn man nun weiter annehmen wollte, daß die Verteuerung von Brot, Fleisch usw. im Inlande (abgesehen von den Zöllbeiträgen) weitere 10 Mk. auf den Kopf ausmacht, so sind die Vergleichszahlen immer erst 100 + 50 = 150 : 172.3!“

Wir wollen heute von allem andern absehen, wir wollen weder die 96 Mk., die der Engländer, noch die 50—51 Mk., die der Deutsche zahlen soll, unter die Lupe nehmen, wir wollen nicht darauf hinweisen, daß die Löhne des englischen Arbeiters im Durchschnitt um ein Viertel bis ein Drittel höher sind als in Deutschland, wir wollen nicht daran erinnern, daß die Einkommensteuern in Sachsen bei 400 Mk., in Preußen bei 900 Mk., in England aber bei 3200 Mk. beginnen, also die eigentliche Arbeiterklasse gar nicht berühren, alle diese Umstände, von denen jeder einzelne schon geeignet wäre, die ganze kölnische Zahlenherlichkeit über den Hauen zu werfen, wollen wir heute außer acht lassen und uns nur an die Schlusssätze des kölnischen Opus halten. Hier ist das national-liberale Blatt so freundlich, für die Verteuerung von „Brot, Fleisch usw.“ im Inlande, abgesehen von den Zöllbeiträgen, 10 Mk. pro Kopf der Bevölkerung in Rechnung zu setzen. In Wahrheit beträgt allein die Verteuerung des Getreides im Inlande rund 20 Mk. pro Kopf. Man hat berechnet, daß die durch die neuen Getreidezölle herbeigeführte Verteuerung des Brotes und Bereicherung der Sücker auf 1250 Millionen jährlich sich belaufe. Das macht bei 60 Millionen Einwohnern fast genau 20 Mk. pro Kopf. Dazu kommt die Bereicherung der Sücker durch die übrigen Lebensmittelzölle, die Bereicherung der Industriearbeiter durch die Industriezölle, die zwar der Reichskasse nichts einbringen, am so besser aber der deutschen Industrie die billige Konkurrenz des Auslands vom Leibe halten und ihr durch Kunst- und Kartellbildung die Preiserschöngungen erleichtern. Von allen diesen Abgaben an die Unternehmungsklassen ist der englische Arbeiter frei, da eben England den Freihandel hat. Diese Zahlen erscheinen natürlich nicht in den Tabellen der „Kölnischen Zig.“ Diese glorreiche Methode hat schon Professor E. S. Göttingen im letzten Heft des Bankarchivs charakterisiert, indem er

schrrieb: man operiert mit Steuergrundsätzen, die darauf berechnet sind, die einseitige Steigerung, der indirekten Steuern durch einen Schein der Gerechtigkeit zu stützen und die besitzenden Klassen von der schuldigen Pflicht zu befreien.

Eine Geheimmittelsteuer.

Wie die „Magdeburgerische Zeitung“ zu melden weiß, „sind an die zuständige Stelle Anregungen zu einer steuerlichen Erfassung der als „Geheimmittel“ bezeichneten Patentmedizinen und Spezialitäten ergangen. Wenn sich trotzdem annehmen läßt, daß sich in dem Steuerbuche des Staatssekretärs Sydow eine derartige Steuer nicht befindet, so hat das seinen Grund vielleicht darin, daß zurzeit eine Definition für den Begriff „Geheimmittel“ noch nicht besteht. Wenn aber nach Verabschiedung des Kurpfuschereigesetzes die dort vorgesehene Kommission zur Prüfung von Arzneien und Geheimmitteln, welche dem Reichsgesundheitsamt angegliedert wird, in Tätigkeit getreten ist, dann dürfte die formelle Schwierigkeit der Definierung gehoben sein. Die Erwägungen über eine solche Steuer gehen von dem Gedanken aus, daß alljährlich ganz bedeutende Summen in steigendem Maße für Geheimmittel, deren Preis mit ihrem Wert in gar keinem Verhältnis steht, ausgegeben werden. Der vor 10 Jahren statistisch festgestellte Umlauf derartiger Artikel von 30 Millionen Mark soll sich inzwischen vervielfacht haben. England und Japan ziehen aus der Geheimmittelsteuer, d. h. aus einer Besteuerung aller Patentmedizinen, die in den Handel gebracht werden, sehr erhebliche Einnahmen, die sich in England auf 7 Millionen jährlich gesteigert haben. Ein Vorschlag für die deutsche Besteuerung geht dahin, alle Spezialitäten, die verpackt und gebrauchsfertig in den Handel kommen, zu besteuern, unabhängig davon, ob sie nur auf ärztliche Ordination oder auch ohne Rezept abgegeben werden dürfen. — Wir sind neugierig, welche neuen Steuerprojekte noch gemacht werden; ist es doch schon ein Kunststück, etwas Neues herauszufinden, was in Deutschland noch nicht besteuert wird oder mindestens besteuert werden soll.

Wieder eine Reichstagskandidatur Posadowsky.

Der miliberalen Abgeordnete Kölller wird demnächst wegen schwerer Erkrankung sein Mandat zum Reichstag niederlegen. Als sein Nachfolger wird in der Zentrumspreffe Graf Posadowsky genannt. Dieser Vorschlag will deshalb nicht viel bedeuten, weil das Zentrum in diesem Wahlkreis — Bingen-Elben — kaum in Frage kommt. Bei der letzten Wahl wurden dort abgegeben 6586 liberale Stimmen, 6285 freisinnige, 3611 für das offizielle Zentrum, 2669 für einen zentrumlichen Außensteiner und 1919 sozialdemokratische Stimmen. In der Stichwahl siegte der Wittliberale mit 11841 gegen 9031 Stimmen, die auf den Freisinnigen entfielen. Das Zentrum mutet in dem Falle den Liberalen zu, dem Grafen Posadowsky einen Sitz einzuräumen und nun erklärt die liberale Presse, daß daran gar nicht zu denken sei und zwar deshalb nicht, weil das Zentrum gegen eine Kandidatur Posadowskys im Wahlkreis Speyer-Ludwigshafen war. Es ist ein ulkiges Spiel, das mit dem Grafen Posadowsky getrieben wird, denn keine der bürgerlichen Parteien will ihm ein Mandat anbieten, das bislang zu ihrem eigenen Besitzstand gehörte. Lebensfalls wird auch diese Kandidatur wieder ins Wasser fallen.

Der neueste Steuervorschlag.

Herr von Frege-Wolkien, der unergleiche ehemalige Vizepräsident des Reichstages, dessen Geschäftsführung als Präsident immer stürmische Heiterkeit auslöst, läßt wieder einmal etwas von sich hören. — In der „Kreuzzeitung“ wendet er sich gegen die Nachlasssteuer und tritt dafür für den Ausbau der indirekten Steuern ein. Von seinen Steuervorschlägen hat nur ein einziger den Vorzug der Neuheit, — und das ist eine echt Frege'sche Leistung — er empfiehlt nämlich einen Quittungstempel auf jede Wirtschaftrechnung.

Einfach pyramidal! Wer künftig ins Wirtshaus geht, um ein Glas Bier zu trinken, läßt sich vom Wirt eine Rechnung geben, und klebt einen Stempel drauf, zur höheren Ehre der Herrlichkeit des Deutschen Reiches!

Rußland.

Brief aus der sibirischen Katorga. Folgender Brief aus Sibirien schildert die grauenhaften Zustände auf der Katorga in Akatui:

14. September.
Mehr als vier Monate sind verfloßen, seitdem sich die politischen Gefangenen im Katurjewski Bagn in Transbaikalien in den unglücklichsten Verhältnissen befinden: Repressalien der ärgsten Art lösen einander ab. Den Anstoß hierzu gab folgender Vorfall: Die früheren Soldaten und Matrosen, die dort interniert sind, erwiesen dem neuernannten Chef des Gefängnisses nicht die von ihm verlangten Ehrenbezeugungen. Dafür gab der wütende Chef die Parole aus: „Die Schürze müssen gequält werden!“ Das geschah im März. Seitdem ging die Quälerei los. Anfangs verbot man die Spaziergänge (so ist es auch bis heute geblieben), dann wurden einige Gefangene ausgepeitscht und auf einige Zeit der warmen Speise und der Betten beraubt. Die Isolierung der Gefangenen wurde bis zur Vollkommenheit durchgeführt — die Gefangenen kommen monatlang miteinander nicht in Berührung. Unter anderem hat man die Forderung aufgestellt, daß die Gefangenen zu bestimmten Tagesstunden Gebete singen sollen. Die sich dem Befehl fügten — es sind ihrer etwa 20 —, erhielten einige Beginntigungen. Den Jagharteren und Schwächeren hat man die Zustimmung abgenötigt, ein Bittgesuch an den Zaren abzusenden.

Durch dieses und anderes sind die Gefangenen zur Verzweiflung getrieben. Jeden Augenblick kann ein Protest in Gestalt von Massenselbstmorden ausbrechen. Dieses schreckliche Mittel ist für die Gefangenen gegenwärtig der einzige Ausweg.

Österreich-Ungarn.

Eine Annexion Bosniens und der Herzegowina soll seitens des österreichischen Kaisers geplant sein. Von anderer Seite wird diese Meldung bestritten, es soll nur eine Kundgebung geplant sein, in der der Wille der Monarchie, diese Provinzen festzuhalten, zum Ausdruck gelangen soll.

Bulgarien.

Zum selbständigen unabhängigen Königreich ist Bulgarien proklamiert worden. Die Nachricht von der Proklamation Bulgariens zum Königreich wurde sowohl in der Hauptstadt wie in der Provinz mit großer Begeisterung aufgenommen. Überall herrscht lebhafteste Bewegung. Alle Verwaltungsbehörden trafen Maßregeln, um das Ereignis festlich zu begehen. Die Städte haben geflaggt. Auf dem Truppenübungsplatz bei Sofia wird eine Parade der gesamten Garnison stattfinden. Ebenso werden in der Provinz Truppenparaden abgehalten. Nach Tirnovo gehen unausgesetzt zahllose Glückwunschkarten ab. Alle Bureaus sind geschlossen. Der Unterricht in den Schulen fällt während dreier Tage aus.

Fürst Ferdinand wird den Titel Zar aller Bulgaren annehmen. Maßgebende Kreise halten den Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei für unvermeidlich; mit Rücksicht darauf ist die Volkstimmung außerordentlich erregt. Der deutsche Botschafter Frhr. v. Marschall in Konstantinopel, der in Urlaub gehen wollte, hat seine Abreise verschoben. Gerüchte laufen um, wonach Fürst Ferdinand erklärt haben soll, er könne nur zur Unabhängigkeitserklärung nach Bulgarien zurückkehren.

Hoffentlich wird der Krieg vermieden.

England.

Beschleunigung des Flottenbaues. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß dem Wettstreit zwischen England und Deutschland nur dann ein Ende gemacht werden kann, wenn sich die beiden Mächte über die Einschränkung der Rüstungen verständigen. Es lag im Interesse der Liberalen, von den Arbeiterstimmen im höchsten Maße abhängigen englischen Regierung, zu einem solchen Abkommen zu gelangen, einerseits um der chauvinistisch gefärbten konservativen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen, andererseits um die verprochenen Sozialreformen ohne neue Steuern zu Ende führen zu können. Die deutsche Regierung stand aber solchen Bestrebungen ablehnend gegenüber. Immer wieder wurde der Unfuh wiederholt, Deutschland dürfe sich die Größe seiner Wehrmacht nicht vom Ausland vorschreiben lassen. Als ob es sich nicht um eine gegenseitige Verständigung gehandelt hätte, an der die arbeitenden und steuerzahlenden Massen beider Länder in ganz gleichem Maße interessiert wären. Statt einer Verständigung kam das Programm des Flottenvereins mit seinen maßlosen Forderungen. Nun kommt die englische Antwort. Aus London wird gemeldet: „Der Erste Lord der Admiralität Mr. Kenna hielt in Portpool eine Rede, in der er die Überlegenheit der britischen Seemacht für die sicherste Garantie des europäischen Friedens erklärte. Wenn jemals eine schwache und inferior Flotte den rivalisierenden Mächten die Aussicht gewähren sollte, daß das britische Reich zerfalle, würden diese Mächte sich von ihren ehrgeizigen Hoffnungen unvermeidlich zu einem Schritt verleiten lassen, der für den Weltfrieden der allernachteiligste sein würde. Nichtsdestoweniger sei jede Agitation für die Aufrechterhaltung einer größeren Macht, als die Umstände des Augenblicks sie erfordern, zu vermeiden. Man dürfe nicht mehr Schiffe bauen, als die internationale Lage verlange, besonders nicht in Anbetracht ihrer raschen Abnutzung. Mr. Kenna schlug im Hinblick auf den beunruhigenden hohen Grad der Arbeitslosigkeit vor, die Ausführung des Flottenbauprogramms für das laufende Jahr zu beschleunigen und alle Aufträge für Neubauten, die privaten Werften überlassen werden sollen, so schnell wie möglich in Auftrag zu geben.“ — Es ist klar, daß die Berufung auf die Arbeitslosigkeit nur dazu dient, das eigentliche Ziel, die Beschleunigung des Flottenbaues, vor den Arbeitern zu rechtfertigen. In Wirklichkeit bedeutet die Rede das Eingeständnis der Liberalen, daß sie ihre Politik der Einschränkung aufgeben. Das Wettrennen zwischen Deutschland und England dauert also fort.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 6. Oktober.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Hakenburger Allee Nr. 51, Fabz, Werderstraße Nr. 28 die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grünmühle in der Hafenstraße, Sielbau Markt, Kalkenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! über die Sielbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzter Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Raab im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

sg. Die Bürgerschaft trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen. Zunächst wurde die in der letzten Sitzung abgebrochene Debatte über die Aufhebung der Freischulen fortgesetzt. Als erster Redner trat Senator Dr. Vermehren auf den Plan. Derselbe vertritt die Anhänger der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts auf bessere Zeiten und begründete seinen Standpunkt mit dem Mangel an Geld. Die Durchführung dieses Planes würde einen Ausfall von mindestens 60000 Mk., soweit nur Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts in Frage kommt, mit sich bringen. Es war das alte Lied: Für Kulturaufgaben hat man in unserem Staatswesen kein Geld. Der Vorsitzende der Bürgerschaftskommission, Dr. Müller, suchte den Nachweis zu erbringen, daß die Bevölkerung mit dem jetzigen Zustand im Schulwesen sehr zufrieden sei. Schließlich beantragte Redner nochmalige Kommissionsberatung, damit auch der neue Schulrat gehört werden könne. Vom Senatssche wurde dieser Antrag bestritten. Derselbe fand denn auch keine Annahme. Wenn irgend möglich, sollte die Kommission aus den alten Mitgliedern bestehen. Bei Beratung des Senatssantrages auf Anschaffung von drei Anhängewagen für die Lübecker

Strassenbahn brachte Herr Jenne die geplante Verpachtung der Staatsbahn zur Sprache, ohne sich jedoch dagegen zu wenden. Ferner redete er unter dem Widerspruch der Mehrheit der Anstellung von Schaffnern sowie der Erweiterung des Netzes das Wort. Von Senatstisch aus wurde erklärt, daß die Verhandlungen abgeschlossen seien und das Produkt derselben demnach der Bürgererschaft zu gehen werde. Genosse Stelling trat dem Wunsch auf Anstellung von Schaffnern bei und montierte dann scharf die seinerzeit von uns eingehend besprochene Entlassung eines Führers der Strassenbahn wegen „Unzufriedenheit“. Der betreffende Führer hatte im Austrage seiner Kollegen ein bescheidenes Gehalt um Lohnaufbesserung an die Betriebsleitung gerichtet. Weiter wandte unser Redner sich scharf gegen eine Bestimmung der Dienstanweisung, nach welcher der Beitritt zu einem Verbande mit sofortiger Entlassung bestraft wird. Eine solche Bestimmung sei nach seiner Meinung ungesetzlich. Eine Staatsbehörde dürfe nicht die Bürgererschaft in Verwaltungsangelegenheiten sich nicht hineinmischen solle. Er (Redner) habe schon bei der Verstaatlichung der Bahn vorausgesehen, daß solche Angelegenheiten, wie die von Stelling angeführten, hier vorgebracht würden. Genosse Wissell kritisierte scharf diesen scharf nach dem Standpunkte des Herrn Stender. Es sei das Recht der Bürgererschaft, in solchen Sachen mitzureden. Wollte man diesen Grundsatz nicht gelten lassen, dann dürfe man sich auch nicht mit den Verhältnissen der Beamten beschäftigen. Die von Stelling angeführte Bestimmung der Dienstanweisung sei gegen Gesetz und Recht: sie sei der Ausübung der Selbstverwaltung unzulässig. Mit Recht betonte Redner, daß auch nicht ein bürgerlicher Redner sich mißbilligend über das Vorgehen der Betriebsleitung ausgesprochen hat. Herr A. Wape holte das in allerdings sehr zäher Weise nach. — Genosse T. h. Schwarz trat energisch für Erweiterung der Bahn und gegen die Verpachtung ein. Vom Senatstisch aus wurde auf die Ausführungen des Genossen Schwarz mit billigen Mäßen geantwortet. Der Arbeiterfreund und Eisenbahnredaktor Brecht sowie der Senatsschreiber Landrichter Meyer erklärten, daß sie solchen Ausführungen, wie sie Stelling vorgebracht hat, sehr skeptisch gegenüberstünden, weil sie nicht vorher dem Senat mitgeteilt seien. In scharfer Weise wandten sich die Genossen Wissell und Stelling gegen diese Auffassung. Zum Schluß kam es noch zu einem kleinen Geplänkel zwischen diesen beiden Genossen und Landrichter Meyer. — Der Antrag des Senats fand Annahme.

Die nächsten Senatsanträge wurden debattelos genehmigt. Bei der Beratung der Revision des Gesetzes, betr. die Wohnungspflege, beantragte Dr. Wehde die Streichung des die Anstellung eines Beamten vorsehenden Teiles des Senatsantrages. Herr Oberlehrer Dr. Ekermann plädierte mit vollem Recht für die Heranziehung der Frau zur Wohnungspflege. Vom Senatstisch erklärte man, daß die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei; zunächst sollen die Frauen in der Armenpflege verwandt werden. Genosse Wissell unterstützte warm die Heranziehung der Frau zur Wohnungspflege. Redner erklärte, daß unseren Genossen die Senatsvorlage nicht weit genug ginge. Man solle die Wohnungspflege mindestens zu ¾ aus den Kreisen der Mieter nehmen. Herr Stender konnte auch bei dieser Erörterung mit seiner „Weisheit“ nicht hinter dem Berge halten. Er verappte dieselbe, indem er dreist behauptete, die Mieter seien in den meisten Fällen schuld an den schlechten Wohnungen. Redner beantragte kommissarische Verattung, welchen Antrag er später zurückzog. Nach längerer Debatte, in der man mit gerabzuckelten Gründen gegen die Heranziehung der Frauen zu Felde zog, wurde der Senatsantrag angenommen, nachdem der Antrag Wehde abgelehnt war.

Hiermit war die Beratung der Senatsanträge erledigt. Es folgten nun die Initiativanträge. In erster Linie kam unser Antrag zur Bewilligung von 5000 Mk. für Donauerichingen zur Verhandlung. Genosse Peter Wape wünschte Aufklärung darüber, warum der Bürgerausschuß nur 1000 Mk. bewilligt hat. Wenn finanzielle Gründe maßgebend gewesen seien, dann sei darauf verwiesen, daß für Pferdeerennen und Segelregatten mehrere Tausend Mark aus Staatsmitteln gegeben sind. Herr Peters hatte als freiwilliger Senatskommissar die Aufgabe, das Vorgehen des Senats und des Bürgerausschusses zu verteidigen. Unser Antrag wurde natürlich abgelehnt; die „liberalen“ Herren um Dühring herum stimmten gegen denselben. Sie haben für die armen Abgebrannten nichts mehr übrig!

Die Aufnahme der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter wünscht ein Antrag Klein, den Herr Dühring begründete. Das Haus war inzwischen beschlußunfähig geworden; um 10¼ Uhr trat Schlus ein.

Der Fortgang unseres Genossen Wissell aus Lübeck gibt dem Amtsblatt Veranlassung zu folgenden Bemerkungen:

„Mit Wissells Wegzug aus Lübeck ruht ein Mandat unserer Bürgererschaft bis zu den Ergänzungswahlen. Auf sozialdemokratischer Seite würde man das Ausscheiden eines führenden bürgerlichen Mitgliedes unseres Parlamentes schwerlich anders als mit unfreundlichen Bemerkungen registrieren. Wir nehmen keinen Anstand, Herrn Wissell zu bezeugen, daß die Lübeckische Bürgererschaft in ihm ein fleißiges, allerdings vielrednerisches Mitglied besaß, das den Standpunkt seiner Partei fast in allen wichtigen Angelegenheiten mit Eifer vertrat. Wie sich die verlassenen Stenben ohne ihn behelfen werden wird sich erst zu zeigen haben.

Dem Genossen Wissell, der das Amtsblatt, das Organ aller hiesigen Reaktionen und Arbeiterfeinde, genau kennt und entsprechend bewertet, ist sicherlich nichts widerlicher, wie Anerkennung, die ihm von jener Seite wird. Der Seitenhieb, der ihm mit den Worten „vielrednerisches Mitglied“ verfehrt werden soll, tut nicht weh. Wenn unser Genosse häufig das Wort genommen hat, so geschah das in der Absicht, die Interessen des Volkes, besonders des arbeitenden, zu vertreten, die von den erstklassigen Bürgerschaftsmitgliedern nicht wahrgenommen werden. Daß das von „Lüb. Anzeigen“ nicht nach der Mühe ist, begreifen wir. Es mag ja möglich sein, daß wir als Vertreter der werktätigen Bevölkerung Lübecks das Ausscheiden bürgerlicher Mitglieder aus dem Stadtparlament nicht mit freundlichen Worten begleiten. Die Arbeiterchaft hat eben an denselben nichts verloren. Wenn schließlich gemeint wird, wie sich die „verlassenen Stenben“ ohne den Genossen Wissell behelfen werden, so braucht sich das Amtsblatt darüber nicht den Kopf zu zerbrechen. Es wird auch an den Stenben wenig Freude haben; darauf kann es sich verlassen.

Aus dem Senat. Senator Dr. Eschenburg hat den Vorsitz in der Oberstulbehörde wieder übernommen.

Zwei wissenschaftliche Vorträge hielt im Saale der Zentralhalle am Mittwoch und Freitag der auch hier bekannte Schriftsteller Reinhold Gerling. Berlin über die geschichtliche Frage und die Ehe. Die Unterhaltungsbeilage der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden (Lebens-Wissen-Rund) schrieb untern 1. Februar d. Jz. über die Vorträge: „Reider können wir nicht in dem Maße auf die Ausführungen eingehen, wie sie es verdienen. Wer daher den Vortrag recht würdigen will, muß ihn gehört haben.“ — Die Vorträge finden getrennt für Damen und Herren statt, auch beantwortet der Redner an ihn gestellte Fragen, die auf das Thema Bezug haben. Näheres die Inserate.

Entlassung aus dem lübschen Staatsdienst. Der Senat hat dem Oberlehrer an der Realschule Dr. Otto Diehn die nachgesuchte Entlassung aus dem hiesigen Schuldienste zum 1. April 1909 erteilt.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 5. Oktober, morg. 6 Uhr: Wasser 14½, Luft 11; 10 Uhr: Wasser 15, Luft 16; mittags 12 Uhr: Wasser 15, Luft 16; abends 8 Uhr: Wasser 14½, Luft 14 Grad Celsius.

Handelsregister. Am 2. Oktober 1908 ist eingetragen: 1. die Firma Adolf Osbahr in Lübeck, Inhaber, Brauereibesitzer F. Chr. A. Osbahr in Lübeck; 2. bei der Firma Otto Burckhardt in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma F. Demuth u. Co. in Lübeck: Der Kaufmann A. R. F. Frahm in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die nunmehr aus den Kaufleuten F. Demuth und A. Frahm, beide in Lübeck, bestehende offene Handelsgesellschaft hat am 1. Oktober 1908 begonnen und führt die Geschäfte unter unveränderter Firma fort.

Fahrrad Diebstähle. Am 6. d. Mts., gegen 8 Uhr abends, ist vor dem Postgebäude am Markt ein Fahrrad, welches mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 11 264 versehen war, gestohlen worden. Das Rad hat schwarzen Rahmenbau, rote Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. In dem Rohr, auf dem der Sattel ruht, befinden sich Fahrrad- und Legitimationskarte, auf den Namen Schulz, Drogelstraße, lautend. Das Rohr ist verfort.

pb. Festgenommen wurde ein seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung und Betruges fleckbrieflich verfolgter Milchfuhrmann aus Bliestorf.

pb. Grober Unfug usw. Ein auf dem Hochofenwert tätiger Kesselschmied aus Rostock, der sich in Schludup des groben Unfugs, des Widerstandes und der Beleidigung schuldig machte, wurde festgenommen.

pb. Diebstähle. In der Nacht vom 3./4. ds. Mts. wurde in Schönböden ein großer Messinggefäß gestohlen. — In einer hiesigen Musikalienhandlung wurde am 6. ds. Mts. nachmittags ein Herren-Regenschirm mit schwarzer, gebogener, imitierter Hornröhre gestohlen. Auf der Kräfte ist der Name „Max Klapproth, Welfensfels a./S.“ eingraviert. Der Schirm befand sich in einem braunen Überzug.

pb. Steckbriefling. Festgenommen wurde ein Kellner aus Laage, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Altona wegen schweren Diebstahls fleckbrieflich verfolgt wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute Dienstag kommt Albert Lorkings komische Oper „Jar und Zimmermann“ zur Aufführung. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Jar: Herr Fischer; Peter: Herr Haas; van Bett: Herr von Schend; Marie: Frä. Streiten. Die Inszenierung leitet Herr von Schenk; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Willeken. Im 3. Akt findet ein Holzschuhsturz statt, arrangiert von der Ballettmeisterin Frieda Hartmann, ausgeführt von derselben, sowie der Solotänzerin Adelheid Gronenberg und den Damen des Corps de Ballett. Morgen Mittwoch geht die Lustspiel-Parodie „Geographie und Liebe“ von Björnson hier erstmalig in Szene. Am Donnerstag gelangt Richard Wagners große Oper „Lohengrin“ zur erstmaligen Wiederholung.

Im Stadthallen-Theater gelangt heute, Dienstag abend, das Volksstück „Mein Leopold“ zur Aufführung.

Schwerin. Vertagung der Verfassungsreform in Mecklenburg. Dem Berliner Wünderorgan, das sich bekanntlich sehr nahe Beziehungen auch in junckerlichen Kreisen Mecklenburgs erfreut, wird zur Mecklenburger Verfassungsfrage „von kundiger Seite“ geschrieben: „Durch die plötzliche Verabschiedung des außerordentlichen Landtages im Sommer war die parlamentarische Weiterbehandlung der neuen Verfassung in Mecklenburg auf ein totes Geleise geraten. In dieser Zwischenzeit hat man aber an den maßgebenden Stellen nicht ruhig zugewartet, sondern vertrauliche Verhandlungen geführt. Das Resultat geht etwa dahin, daß der außerordentliche Landtag, wie bereits geschehen, zum 12. Oktober noch einmal nach Schwerin berufen wird. Da nun keinerlei Aussicht ist, daß die Majorität von 291 gegen 65 Stimmen sich irgendwie in ergebiger Weise ändern wird, so soll dieser Landtag wieder geschlossen werden, indem man ausdrücklich in Aussicht nimmt, mit der Majorität der 291 in kommissarische Verhandlungen zu treten. Durch die Vorverhandlung ist bereits festgestellt, daß, da ja jedermann eine Änderung der Verfassung wünscht, eine Grundfrage der Verständigung vorhanden ist. Die neuen Verhandlungen werden nicht so bald erledigt werden können, da ja auch prinzipielle Gegenstände ausgetugelt werden müssen. Der vorbreiter Öffentlichkeit ist damit aus der Welt geschafft. Von dem nüchternen und praktischen Sinn des Mecklenburger Volkes und seinem loyalen Verhältnis zum angestammten Fürstentum darf keine andere Lösung zu erwarten. Nach Auflösung des außerordentlichen Landtages tritt der bisherige Landtag, wie alljährlich, wieder zusammen zur Erledigung der Landesgeschäfte. Die Regierung ist zu diesem Gegenkommen wohl mit veranlaßt durch den abgehenden Beschluß aus Berlin. Man hatte sich ganz in die Meinung hineingelebt, als ob der Bundesrat den erforderlichen Druck geben könne und geben wolle. Beides ist nicht der Fall, und zwar aus denselben Gründen, die Graf Posadowsky damals im Reichstage dem mecklenburgischen Abgeordneten Büning gegenüber entwickelt hat. Auch der Kaiser und noch mehr der Kronprinz sollen dem Großherzog keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß der Bundesrat nicht eingreifen könne. Ein solches Eingreifen verbietet sich um so mehr, als Strelitz damit nicht recht einverstanden sein dürfte. Wenn, wie bekannt, auch die Gegner dieser Verfassungsänderung wohl alle einzig in der Meinung, daß die Mecklenburger Verfassung in ihren veralteten Formen und namentlich in ihren veralteten Praktiken einer Umänderung bedarf, so wird die kommissarische Beratung mit der Regierung und den Ständen sich sehr bald als der praktische Weg erweisen, und damit ist dann der Verfassungsfunktion vermieden.“ — Die mecklenburgischen Junken wollen bekanntlich an ihren alten Vorrechten nicht rütteln lassen. Die Regierung aber fügt sich ihrem Willen. Aus den hinterverworfenen Türen zu fahrenden kommissarischen

Verhandlungen wird dann wohl eine „Verfassung“ hervorgehen, die eine noch schmerzlichere Mißgeburt ist als die Vorlage der Regierung.

Feibe. Großfeuer. Montag morgen gegen 7 Uhr brannten in Reinsbüll das weichgedeckte Haus mit Stall des Landmannes W. Witt gänzlich nieder, als die Dampfdreschmaschine auf dem Hofe in Tätigkeit war. Das Feuer wurde von den vom Fröheisen zur Arbeit zurückkehrenden Drescharbeitern bemerkt. Die Dreschmaschine, Strohpresse sowie die aufgestallten Kälber und die Schweine verbrannten.

Bremen. Die Eroberung der Luft. Der Bremer Wilhelm Focke hat einen neuen Aeroplan gefunden. Die Versuche am Montag haben seine praktische Brauchbarkeit erwiesen. — Von der Eisenbahn überfahren und getötet worden ist der 1. Steuermann von dem hier eingelaufenen dänischen Dampfer „Eltipita“. Der Dampfer konnte wegen Nebels auf der Unterweiser nicht weiterfahren und mußte am Pier in Bracke angelegt werden. Der 1. Maschinist und der 1. Steuermann gingen an Land. Unmittelbar beim Sektorkam ihnen ein Rangierzug entgegengefahren, den der Steuermann zu spät bemerkte. Er wurde von der Maschine umgestoßen und am Kopfe schwer verletzt, außerdem wurde ihm ein Arm abgefahren. In diesem Zustande ist der Verletzte dann ins Wasser gefallen. Er konnte jedoch geborgen und in schwer verletztem Zustande in das Krankenhaus gebracht werden. Hier ist er jedoch bald darauf seinen Verletzungen erlegen. — Mit der Faust totgeschlagen? Ein ebenso unerwartetes wie trauriges Ende nahm Montag nachmittags ein Streit zwischen dem 17-jährigen Zimmerlehrer Heinrich Haake und dem 47-jährigen Zigarrenarbeiter Hermann Altevogt, beide in Hastedt wohnhaft. Im Verlauf dieses Streites wurde Altevogt von Haake auf die Erde niedergeworfen und durch einen Faustschlag unter das Kinn mißhandelt. Altevogt ist kurze Zeit darauf gestorben. Haake wurde verhaftet.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Lohengrin, Oper in 3 Akten von Rich. Wagner. Die gefrühre Aufführung von Wagners „Lohengrin“ als Eröffnung der Opernfaison bedeutet ein Ereignis im musikalischen Leben Lübecks. Wohl haben wir dieses vollstimmigste Werk des Bayreuther Meisters hier fast alljährlich gehört, und zwar nicht selten in recht guter Wiedergabe, aber noch nie war der Gesamteindruck infolge des verständnisvollen Zueinanderstimmens aller Kräfte ein derartig tiefer und nachhaltiger wie das gestern abend der Fall war. Das Hauptverdienst dafür gebührt zweifellos der Regie und der musikalischen Leitung. Die neuen Dekorationen sind geschmackvoll. Die wunderhübsche Szene an der Schelde, das imposante Schloß des Herzogs von Brabant gewähren einen herrlichen Anblick. Vortrefflich gelungene Bühnenbilder, die von wirklichem kriegerischen Leben erfüllt waren, boten sowohl der erste wie der letzte Akt. Während man früher in der Regie nur eine geringe Anzahl in bunten Plunder gekleidete Personen, die sich möglichst fleißig bewegten und nur ängstlich auf das Zeichen des Kapellmeisters warten, für das brabantische Volk, die Edlen und den Troß König Heinrichs ausgab, wimmelte es gestern nur so von fleißigen und Volk auf der Bühne, welche an allen Vorgängen lebhaften Anteil nahmen. Auch einzelne Züge könnten angeführt werden, wo die Regie dem Sinne des Sanges weit mehr gerecht wurde, wie das früher der Fall war. So beispielsweise im ersten Akt, als Telramund seine schweren Anschuldigungen gegen Elsa erhebt. Der König befehlt: „Ruft die Besagte her!“. „Beginnen soll nun das Gericht.“ Bis hierher war es üblich, daß dann einfach der Heerrufer seinen Ruf erschallen ließ, der sicherlich nicht bis zum Gemach Elsas dringen konnte. Gestern erschien bei den oben zitierten Worten des Königs ein Bote, welcher der brabantischen Herzogsstochter den Willen des Königs mitzuteilen hatte. Das war jedenfalls richtiger und glaubhafter. Der Heerrufer hat dann nur noch die Form zu erfüllen. Das Bestreben, „Lohengrin“ von der Oper zum Musikdrama auszugestalten, war nicht nur in der Regie des Herrn Islaub, sondern auch in der musikalischen Direktion des Herrn Kapellmeisters Pfeiffer zu erkennen. Mit Umsicht, Eifer und Begeisterung leitete Herr Pfeiffer, an dem wir eine sehr tüchtige Kraft gewonnen zu haben scheinen, die Aufführung, welche ohne jeden Unfall verlief. Die Zeitmaße wurden von ihm allerdings möglichst breit genommen. Das Orchester folgte seinen Intentionen mit voller Hingebung und schuf eine Leistung, die hohen Lobes wert war. Die Solisten standen ebenfalls auf sehr bemerkenswerter Höhe. Herr Erb, der den Lohengrin mit großem Erfolge sang, verfügt über eine schöne Tenorstimme von mehr lyrischem Charakter, die noch den Schmelz der Jugend besitzt. Besonders in der Szene im Brautgemach und in der Wiedergabe der Grabsräuung konnte man sich an der weichen und doch vollen Tongebung erfreuen. Der ganze Lohengrin des Herrn Erb erschien überhaupt nicht in erster Linie als Held, sondern als teilnehmender Freund Elsas. Die Elsa hatte in Frä. Barfch eine Vertreterin gefunden, die so wohl gefanglich wie in der Darstellung dieser träumerischen, poetischen Mädchengestalt durchaus gerecht wurde. Fräulein Sopran gehört zu den ansprechendsten, die wir in Lübeck Vortsch gehört haben. Etwas mehr Anteilnahme an den Vorgängen auf der Bühne hätten wir der Künstlerin im zweiten Akt in der Szene gewünscht, da Telramund den Lohengrin des Jäubers anklagt; das ist nicht die geeignete Zeit für Elsa, sich das Publikum im Zuschauertraum zu betrachten. Frä. Pracher war als Ortrud zunächst stimmlich sehr zurückhaltend; bei dem Nachgehör und im dritten Akt erzielte sie jedoch bedeutende Wirkungen. Durchaus anerkanntswert und kraftvoll gab Herr Langefeld, der Besitzer eines markigen Baritons, den Telramund. Den König Heinrich sang Herr Hoffges, den Heerrufer Herr Fischer. Das Engagement beider Künstler bedeutet in stimmlicher Beziehung einen Gewinn für unsere Bühne. Die großen Chöre gingen durchweg erfreulich sicher und klangen frisch. Die ganze Vorstellung machte einen so abgerundeten Eindruck, daß man auf dem Gebiete der Oper das Beste für den kommenden Winter erwarten kann. Die Sänger sowie der Regisseur Islaub und Kapellmeister Pfeiffer wurden durch lebhaften Beifall und Hervorrufe ausgezeichnet. P. L.

Verantwortlich für die Abdruck „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Wandwerfer und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Mittwoch, 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
Centralhallen, Danforthstraße:
Grosser wissenschaftlicher

Lichtbilder-Vortrag

nur für Damen über 18 Jahre

Reinhold Gerling (Berlin)

spricht über:

Warum verblühen viele Frauen so früh?
Wie erhält sich die Frau jung und schön
bis ins hohe Alter?

Warum gibt es so viele unglückliche Ehen?

Aus dem Inhalt:

Was die Frau vom Liebesleben und vom Manne wissen muß. — Ein Blick ins Innere des weiblichen Körpers. — Vernichtende Folgen der Unwissenheit. — Mädchen- und Frauenleiden. — Warum gibt es so viele kalte Frauen? — Wann und wen darf man heiraten, wen nicht? — Die Gefahren der Mutterschaft und deren Verhütung. — Schmerz-lose Entbindungen. — Früh- und Fehlgeburten. — Knickungen, Entzündungen, Kinderbett-Erkrankungen. — Kranke Frauen und Kindersterblichkeit. — Der Matruftaniasmus und die Beschränkung der Kinderzahl. — Wie werden und wie bleiben Mädchen und Frauen schön? — Wie erlangt man eine gesunde volle Brust? — Wie beseitigt man Schönheitsfehler? (Methoden werden angegeben und bildlich vorgeführt.) — Vertrauliche Worte an Ehefrauen und Mütter. — Was hat die Mutter ihren heranwachsenden Kindern zu sagen?

Nach dem Vortrage Beantwortung schriftlicher Fragen.

Jede Frau wird aufgeklärt und belehrt für das ganze fernere Leben.

Eintritt 50 Pfg., Reservierter Sitz 1 Mk.

Welche begeisterte Aufnahme die Vorträge allerorten fanden, geht aus den glänzenden Zeitungsreferaten in Frankfurt a. M., Wiesbaden, Dresden, Breslau, Hannover usw. ebenso hervor, wie aus mehreren hundert an den Vortragenden gerichteten privaten Zuschriften, in denen es u. a. heißt: „Ich unterschreibe jedes Wort.“ Prof. Dr. V. B. in W. — „Bin ganz einverstanden mit Ihren Ausführungen, die sich auch frei bieten von jeder Begünstigung der Kurpfuscherei.“ Dr. H. F. in G. — „Mögen alle Mütter mit ihren Töchtern Ihre Vorträge besuchen, da ihnen dann die schwere Arbeit der Aufklärung der Kinder erspart bleibt.“ Frau L. in G. — „Zinnigsten Dank für die beiden Vorträge. Als Mutter zweier Töchter haben sich mir Ihre belehrenden Worte tief eingepreßt.“ usw. Frau M. D. in D. — „Noch stehe ich unter dem Banne des von Ihnen gehaltenen Vortrages, Sie müssen das stolze Gefühl haben, vielen Menschen auf den rechten Weg geholfen zu haben.“ M. G. in D. usw.

Freitag, 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Grosser wissenschaftlicher

Lichtbilder-Vortrag

nur für Herren über 18 Jahre

Reinhold Gerling (Berlin)

spricht über:

Was muß der Mann von der Ehe und vom Weibe wissen?

Aus dem Inhalte des Vortrages:

Das junge Mädchen. — Die Entwicklungsjahre und ihre Gefahren. — Jugendforheiten und Sünden. — Die falsche Scham der Eltern und die wahre Moral. — Das Erhalten der jungen Leute in Unwissenheit, fast die einzige Ursache ihres Verderbens und des Fehlritts. — Die Geschlechtskrankheiten. — Die heutige Prüderie und falsche Erziehung. — Die Kunst eine gesunde Frau zu bekommen. — Wie sieht eine gesunde, wie eine kranke Schönheit aus? — Der Liebestraum und der Brautstand. — Jungfrau und Gattin. — Die Mutterschaft und das Kind. — Die Sünden in und vor der Ehe und die daraus resultierenden Frauenleiden. — Was muß der Mann wissen, um sein Weib glücklich zu machen und gesunde und lebensfähige Nachkommen zu haben? — Kinderlosigkeit. — Kinderreichtum und Beschränkung der Kinderzahl. — Warum gibt es so viele kalte Frauen? — Das Weib als Sklavin des Mannes. — Das Weib als seine Vertraute und tapfere Mitkämpferin im Leben. — Vertrauliche Worte.

Eintritt 50 Pfg., Reservierter Sitz 1 Mk.

Nach dem Vortrage Fragenbeantwortung.

Ueber die angefordigten Vorträge, die in Dresden je achtmal, in Breslau, Hannover und Magdeburg je sechsmal wiederholt werden müssen, schreiben u. a. „Dresd. Anz.“: Der Redner vermittelt die Materie mit feinem Takt. — „Dresd. Morgenztg.“: Ein jeder fort-schreitende Geist wird das mit Freude begrüßen. Der Vortrag fand begeisterten Beifall usw. — „Altpreuß. Ztg.“: Vornehm, dezent, belehrend, packend, das ist, kurz gefaßt, das Urteil der Besucher des Gerling'schen Vortrages.

Vorverkauf in der Centralhalle und in der Buchhandlung G. Weiland, Königstraße 70/72.

Gesellschaft für Volksaufklärung.

Fackenburger Liedertafel.

Einladung zum

25jährigen Stiftungs-Fest

am Sonntag, den 11. Oktober 1908,

in F. L. Paetans Gesellschaftshaus in Fackenburg.

Morgens 7 Uhr Weckruf. Nachmittags 2 1/2 Uhr Festmarsch. Festrede.

Herren- und Damenbeisitzung mit nachfolgendem Ball.

Anfang des Balles 6 Uhr. Ende morgens. Eintritt 80 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe. NB. Ziehung der Tombola 10. Oktober 1908.

Sämtliche Arbeiter-Gesangvereine sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

NB. Karten, Lose und Geld sind Mittwoch abend beim Kassierer abzuliefern.

Achtung!

Zentralverband der Maurer!

General-Versammlung

am Mittwoch, den 7. Oktober 1908

abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und deren Wirkungen.

Referent: Kollege Voigt, Straßburg.

2. Diskussion.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Schmiedestr. 20. Tonhalle 20. Schmiedestr. 20.

Für 20 Pfg. 10 Pf. Kinder Die Tochter des Stellmachers. — Lebenswahr (großartig, neueste Aufnahme). — Alexandrinen-Quadrille (coloriert, russisch). — Schulze kauft sich eine Pa. — Der böse Geist (großartiges Drama). — Der Müller, sein Sohn und der Graue (Märchen). — Römische Idylle. — Großartiges Pathetisches Kunstwerk (muß gesehen werden). — Neue Wege zur Besteigung des Mont Blanc (großartige Naturaufnahme). — Der Hund und die Pfeife.

Die Hochbahnkatastrophe von Berlin.

Die Direktion hat sich veranlaßt gesehen, selbst russische Fabrikate zu kaufen, um dem Publikum zu zeigen, daß Rußland in der kinematographischen Branche mit Frankreich gleichen Schritt hält.

Heute Dienstag:

Grosses Benefiz-Tanzkränzchen
Konzerthaus Fünfhausen.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.

Carl Heynert, Lübeck
Moisklinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. Fischerg. 52.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend,
e. G. m. b. H.

Zur Aufrechnung der Anteilzinsen und Rückvergütung müssen in der Zeit vom

1.-10. Oktober

sämtliche Mitgliedsbücher und die bis zum 30. September gesammelten Rückvergütungsmarken in den Verkaufsstellen gegen Quittung abgeliefert werden.

Nur Beiträge in voller Mark sind abzuliefern, überschüssende Pfennigbeträge kommen nicht zur Berechnung.

Zur Ablieferung geeignete Subrets bitten wir in den Verkaufsstellen in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 7. Oktober,
abends 8 Uhr.

in der „Stadhalle“: 2. Volkstüml. Konzert.

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Emil Corbach (Violoncello).

Zur Aufführung kommen u. a.:

Vorspiel zu Hänsel und Gretel Humperdinck.
Wotans Abschied und Feuerzauber

aus „Walküre“ Wagner.
Ouverture zu Wilhelm Tell Rossini.

Potpouri aus Der Bettelstudent Millöcker.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.
Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vorverkauf 10

Eintrittskarten 3 Mk. Einzelkarten 40 Pfg. bei den bekanntesten Verkaufsstellen zu haben.

Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vorverkauf 10 nummerierte Eintrittskarten 5 Mk. Nummerierte Einzelkarten 60 Pfg. nur bei F. W. Kaibel, Breitestraße 40.

Gesangverein „Eintracht“

General-Versammlung

am Mittwoch, d. 7. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1908.
2. Anschluß an den Deutschen Sängerbund.
3. Wiederabend.
4. Maskenball.
5. Beschlußfassung über den nächstjährigen Ausflug.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Weisser Engel.

Hiermit erlauben wir uns, zu unserm
am Mittwoch, den 7. Oktober,
stattfindenden

Benefiz-Ball

ganz ergebenst einzuladen.

Wulf. Goldschmidt. Hinze.

Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg.

Hansa-Theater

Eröffnungs-Programm!

Von Publikum und Presse glänzend beurteilt.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues Stadt-Theater

Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Voll-Abonnem. 5.
Mittwoch-Abonnement 1.
Zum 1. Male. Novität!

Geographie und Liebe.

Lustspiel von Björnson.
Donnerstag, 7 Uhr: Voll-Abonnem. 6.
Donnerstag-Abonnement 1.

Lohengrin.

Große Oper von Rich. Wagner.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 234.

Dienstag, den 6. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Aus Weillings Werken.

Zu seinem 100. Geburtstag

Sehet um euch die wogenden Felder, die fruchtschweren Büsche, die zierlichen Straßen und Gebäude, die Schiffe auf den Meeren, Flüssen und Seen, die Landstraßen und Eisenbahnen, auf welchen die Produkte der verschiedenen Klimata mit Blitzesschnelle austauschen, das zahllose Vieh auf den Weiden, die gefüllten Magazine, Speicher und Keller, die Vögel unter dem Himmel und die Fische im Grunde der Gewässer, die Kräuter auf den Alpenhöhen und das Erz in den Schächten der Erde; die in Bibliotheken aufgespeicherte Weisheit, den Reiz der Erkenntnis, der Wissenschaften, der Einsicht, die Pracht der Künste — alles dies, alles ist von Gott und Rechts wegen euer aller gemeinschaftliches Erbe. Fordert es zurück und laßt euch nicht länger am Narrenseil herumführen!

Furcht ist die Wurzel der Feigheit. Der Arbeiter soll sie austrotzen, diese schädliche Pflanze, und an ihrer Stelle den Mut tiefe Wurzel schlagen lassen. Wollet ihr glücklich sein, so trachtet vor allem nach Mut.

Das Mahl ist bereit, die gütige Mutter Natur hat für alle gedeckt, das Prinzip der Gemeinschaft kann verwirklicht werden, wenn ihr nur wollt. Aber die ersten, welche geladen worden sind, wurden mutlos, als die Propaganda nicht schnell genug Früchte trug. Andere scheuten die Mühen und Opfer, die für die Propaganda nötig waren, ihre persönlichen Interessen beschützten sie mehr als die gemeinsamen. So blieben sie auf halbem Weg zurück, anderen die Arbeit überlassend. Sie haben ihren Lohn dahin; denn wahrlich: die geistige, bemühtvolle Selbstbelohnung, in der Brust derjenigen, welche ausharren bis ans Ende, kennen sie nicht.

Wenn ihr Glauben und Vertrauen habt in eure gerechte Sache, so habt ihr sie schon halb gewonnen. Denn mit eurem Glauben könnt ihr Berge versetzen. Doch nicht der blinde Glaube führt zum Ziel, sondern der aus Überzeugung.

Bereichert Euch! Bereichert Euch mit Wissenschaften und Künften, den höchsten Gütern der fortschreitenden Menschheit, deren tausendfältige Interessen der Ruhm der Mit- und Nachwelt sind.

Gebt Beweise eures Mutes und eurer Entschlossenheit, den Kampf für eure Überzeugung zu bestehen. Schreibt auf eure Fahnen: wir wollen keine Armut und keine Unterdrückung mehr!

Der Tod verlangt von allen seinen Tribut, und es ist besser, ihm für die Befreiung sein Leben in die eiserne Wagschale zu werfen, als es dem Übermut derer auszuliefern, die sich von seinem Markte mästen und es ausgefogen auf die Gasse werfen.

Lasset die Klugheit eure Führerin sein, den Mut euer Schild und Waffen!

Klüge Ausbauer sichern endlich den Sieg. Nicht verzagen, wenn wir nur ein kleines Häuflein bilden und die gewünschte Zukunft noch in weiter Ferne scheint. Nicht den Mut verlieren, wenn Freund auf Freund unsere Sache wieder verläßt, und wenn andere keinen Eifer zeigen. Nicht den Mut verlieren, sage ich Euch, haltet nur aus; ist unsere Sache gut, so wird sie sicher siegen!

Das Prinzip der gesellschaftlichen Gleichheit muß mit dem Prinzip der persönlichen Freiheit innig verschmolzen werden.

Der Ausspruch der Wahrheit ist den Feinden des Volkes unentraglich, denn er bedroht ihre Macht. Darum sind schon

seit Menschengedenken Strafen dagegen erlassen worden, und zum Teil sind sie in die heutige Zivilisation übergegangen.

Betrachtet niemand als Euren Feind bloß darum, weil er anderer Meinung ist als Ihr. Wir alle durchlaufen eine Reihe von Irrtümern, ehe wir geläutert werden. Hüte Euch darum, das anzugreifen, was anderen heilig ist, solange es nicht in Eurer Feinde Hände zur Waffe gegen Euch gebracht wird.

Die Zufriedenheit, die man uns als Tugend empfiehlt, ist keine Tugend, sondern Feigheit. Wenn der Mensch zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht hat, was er haben soll und kann, soll und darf er nicht zufrieden sein. Das wäre die Zufriedenheit eines Sklaven, die Zufriedenheit eines geprügelten Hundes.

Treue gegen Freund und Feind, wenn es auf die Erfüllung freiwillig eingegangener Verpflichtungen ankommt! Zu unseren gegebenen Worten muß die Welt mehr Zutrauen haben, als zu den Versprechungen der Könige und Pfaffen.

Welche Liebe kann heute wohl der zum Vaterland haben, der nichts darin zu verlieren hat, was er nicht in allen fremden Ländern wiederzufinden inlande ist? Das Vaterland, das Land vom Vater, soll das Erbteil sein, was jeder zur Sicherung seines Unterhalts und seiner Unabhängigkeit nötig hat. Wenn ich nun aber das nicht habe, oder genötigt bin, zum Vorteil anderer zu arbeiten, damit diese um so gemächlicher den Herrn spielen können, wie kann ich es denn da lieben?

Ein Vaterland, das alle seine Glieder und seine Müßiggänger nährt, für alle sorgt, ein solches lasse ich mir gefallen, für das ist es wohl der Mühe wert, gegen den Ungerechten zu kämpfen; für solch ein Vaterland mag man Blut und Freiheit wagen. Aber unsere? Haben wir denn wirklich ein Vaterland? Man hat uns davon nichts weiter gelassen als den Namen. Heute sind wir in unserem eigenen Vaterland von Feinden umgeben, die so schlimm und tyrannisch sind als die Fremden. Sie haben uns in die Sklaverei geschmiedet, die Sklaverei der Armen unter der Geißel der Reichen, die der Arbeit unter der Macht und Willkür des Geldes. Und das sollen unsere Landsleute sein? Blutegel sind es, fremde Tyrannen, uns fremder als Kojak und Kalmit.

Ob uns des Nachbarn Ragen die Fische fressen oder die eigenen — ein fremder Dieb ist sogar weniger zu fürchten als ein Hausdieb!

Verzinkt ist der Mensch eine schwache Kreatur im großen Weltraum, aber vereinzelt, was ist er da nicht alles imstande! Vereinzelt kann eine Ratte ihm Furcht einjagen, vereinzelt läßt sich der riesige Elefant von ihm zum Kastrier abrichten. Vereinzelt ruft ihm der reizende Waldstrom zu: bis hierher und nicht weiter! Vereinzelt ringt er den Brandungen des Meeres ganze Länder ab. Vereinzelt knauft die Natur mit ihm über ihre Gaben; vereinzelt zwingt er ihr Recht um und überflutet ab. Vereinzelt muß er im Schweiß seines Angesichts sein Brot essen; vereinzelt wendet er seine geistigen Kräfte vorteilhaft an und ersetzt seine physischen durch die Kraft der Elemente.

Die Charlatane der Gewalt spielen auch bei den Wahlen ihre Komödien. Sie nehmen das Maul voll Liberalismus; aber sobald es ihnen gelingt, sich damit aus Ruder zu schwingen, beuten sie alle gemachten Spiegelscheitern und Phrasen von Freiheit, Recht und Vaterland zu ihrem eigenen Vorteil aus.

Die jungen Herzen klopfen sehnsüchtig der Stunde entgegen, in welcher die höchsten der Leidenschaften den Damm durchbrechen darf, den Kinderjahren und Enthaltenszeit ihr

sehen. Aber hüte dich, feurige, liebestrunkene Jugend, daran die voreilige Hand zu legen, so lange die Natur dir nicht den Becher füllt, den sie dem Maße deiner Kraft bestimmte. Willst du die volle Röhre in ihrer Schöne brechen, so laß ihre Knappe sich gehörig entfalten, damit nicht ihre vor der Zeit geöffneten Blätter sich dir weit entgegenstehen. Genieße nicht die unreife Frucht, sondern warte, bis sie in der Fülle ihrer Säfte froht, damit ihr Genuß dir nicht schade, sondern dich stärke und erquickt und du aus ihren Kernen bereinst junge blühende Pflanzen ziehen mögest, dem Auge eine Freude und dem Herzen eine Wonne.

Trockne deine Tränen! armes, unglückliches, verachtetes und mißhandeltes Volk! und denke, es leiden der Schwachen noch viele auf dem Erdenrund. Einst wird auch dir der goldene Frühstrahl des Befreiungsmorgens hereinbrechen, um dir die bitteren Tränen der Sklaverei aus den feuchten Wimpern zu küssen. Dann blicke deinem Tyrannen stolz ins Auge, denn du brauchst ihn nicht mehr und das Gesetz blüht ihn nicht mehr. Dann, arme, betrogene verführte Dirne, findest auch du wieder einen braven Mann, der das Vorurteil mit Füßen tritt. Dann, ihr lebensfrohen Jünglinge und Mädchen in der Blüte eurer Jahre, lebet und liebet! Dann laßt ausströmen die heute in eurem Busen widerrechtlich verchliffene Blut. Dann liebe, wer zum Lieben fähig ist.

Die Sorge um die Arbeitergrößen.

Die „Konservative Korrespondenz“ brachte am 2. Oktober 1908 den folgenden, gegen die Sozialdemokratie gerichteten Schmäheartikel:

Seit einigen Jahren besteht eine „Unterstützungsvereinigung“ der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angehörten. Aus der Abrechnung vom 2. Vierteljahr 1908 kann man ersehen, wie groß die Zahl der sozialdemokratischen Parteimitglieder und Gewerkschaftsangehörigen sein muß; denn nicht weniger als 5950 Mitglieder haben Beiträge geleistet. Da nicht alle sozialdemokratischen Beamten — von den Krankenkassenbeamten ganz abgesehen — der Vereinigung angehören, muß man annehmen, daß deren Zahl sich auf weit über 6000 Köpfe beläuft. Das ist ein zahlreiches Heer, das von den Arbeitergrößen bezahlt werden muß, und das in vollkommener Abhängigkeit vom Parteivorstande sich befindet. Die Geschlossenheit der Sozialdemokratie und die feste Stellung der Parteileitung finden in diesen abhängigen Existenzen die besten Stützen. In ihrem eigenen materiellen Interesse liegt es, wenn die Angestellten für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen sorgen, und wenn sie alle Mittel anwenden, um die Partei geschlossen zu erhalten. Diese Beamten und die gleichfalls von der Parteileitung abhängigen Gastwirte und Krämer stellen auch die „zuverlässigsten“ Delegierten zu den Parteitagungen. Hiernach kann man ersehen, daß die „Millionen-Anhängerschaft“ in der sozialdemokratischen Partei nichts zu sagen, aber sehr viel zu zahlen hat. Die Mitglieder der oben erwähnten Vereinigung zahlen vierteljährlich 3 Mark Beitrag. Im 2. Quartal des laufenden Jahres sind über 35 000 Mk. zusammengekommen; das macht jährlich über 140 000 Mk. Der größte Teil der Quartaleinnahmen — nämlich über 29 500 Mk. — ist „auf der Bank“ angelegt; es befindet sich dort bereits ein der Vereinigung gehörendes Kapital von über 400 000 Mk. Es ist bemerkenswert, wie finanziell Leistungsfähig sich die Angestellten der „Proletarierpartei“ erweisen. Dabei müssen sie Tag für Tag darlegen, wie die Arbeiter darben, ja hungern müssen, und wie der verruhten Massenstaat trotzdem noch Millionen und aber Millionen aus ihnen herauszupressen versucht. Es muß doch gar kein schlechtes Geschäft sein, das diese sozialdemokratischen Angestellten betreiben.

Daß von konservativer Seite her derartige Ausfälle kommen, ist selbstverständlich; es ist der vornehmste Beruf der reicheren abgestempelten Organe, so verständnislos wie eben möglich die Arbeiterschaft und ihre Vertretung zu verfeinden.

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(67. Fortsetzung.)

„Und was steht jetzt zu Ihren Befehlen?“
„Nur eine Bitte, bester Doktor,“ erwiderte der Leutnant, „oder eigentlich nur Ihren guten Rat suche ich. Einer meiner schwarzen Burschen, ein außerordentlich scharfsichtiger und schlimmer Geselle, behauptet nämlich, daß er in der von einer Masse von Spüren zerrissenen und zerfahrenen Straße die Spur eines der gefährlichsten Buschkrähdtscher gefunden zu haben, den wir eigentlich alle Ursache hätten, in Murray, von einem unserer Leute aufgeschossen, ertrinken zu glauben. Leider hat er nun diese Spur heute abend etwas zu spät gefunden, um ihr noch weiter nachzugehen, denn an der Stelle dort liefen überhaupt eine Masse Jäger zusammen; morgen mit Tagesanbruch aber will er sie wieder aufnehmen und sehen, ob er sich geirrt habe oder nicht, und zu diesem Zweck möcht' ich Leute dort bei der Hand haben.“

„Das ist jener Jack London, den Sie suchen?“ sagte Doktor Spiegel.

Der, von dem er die Fahrten gefunden haben will, ist der sogenannte „rote John“, ein Schuft, der schon unzählige Morde auf dem Weissen hat, und vor der ärgsten Greuelthat nicht zurückschrecken würde, wenn sie gerade seinen Zwecken diene.“

„Alle Wetter, das ist eine freundliche Nachbarschaft!“ rief Doktor Spiegel, eben nicht angenehm überrascht; „und den Jack London haben wir als Zugabe.“

„Haben Sie etwas von ihm gesehen?“ rief Walter rasch.

„Ich? Nein!“ erwiderte Spiegel; „aber Ihren letzten Andeutungen nach schien es mir, als ob er sich hierher gewandt.“

„Wir hatten nur hier seine Spur verloren,“ erwiderte Walter.

„Und haben nichts wieder von ihm entdeckt?“

„Nicht das mindeste, er ist rein wie in den Boden hinein verschwunden, und das wahrscheinlichste, daß er in irgend einem kleinen Boot in See gegangen, mit dem tollkühnen Versuch, draußen ein Schiff anzutreffen und zu entkommen. Zuzutrauen war es ihm. Doch auch dagegen sind

wenigstens alle möglichen Maßregeln getroffen. Jetzt aber sind wir von der Regierung hier, mit dem Wunsche, mich zu untertügen, zwei weiße Komtabler zugeteilt worden, die mich indes in Wirklichkeit mehr hemmen, als sie mir nützen. Nichtsdestotrotz kamte ich ihre Annahme nicht verweigern, und habe sie einmütigen, den einen im Saal-dorf-Hotel, den andern im Deutschen Haus untergebracht, um dort ein wenig die eintreffenden Fremden zu überwachen. Hier in Saaldorf haben sie übrigens doch keine Polizeistation, obgleich ich höre, daß davon die Rede ist, eine hierher zu verlegen, und meine Bitte an Sie geht jetzt dahin, die Leute, die sich bei Ihnen legitimieren werden, falls es nötig sein sollte, mit Rat und Tat zu unterstützen. Sie sind besonders unter den Deutschen hier sehr bekannt und können am leichtesten von überall her, wo sich bei diesen etwa ein verdächtiges Individuum zeigen sollte, Kunde bekommen. Wollen Sie so freundlich sein?“

„Mein lieber, bester Leutnant, mit dem größtmöglichen Vergnügen,“ rief Spiegel. „Ich stehe ganz zu Ihren Diensten, und es würde mir die größte Genugtuung gewähren, dem Staat, und besonders Ihnen, von irgend einem erheblichen Nutzen zu sein.“

„Das wäre also abgemacht!“ jagte Walter, „somit haben Sie in diesem Augenblicke keine Fremden hier im Ort?“

„Keine, daß ich wüßte, außer was etwa in den beiden Gasthöfen angekommen ist. Von Melbourne nur haben wir hier den Doktor Schreiber, den ich vorher das Vergnügen hatte, Ihnen vorzustellen, und der sich bei uns als Arzt niederlassen will.“

„Ein Landsmann von Ihnen?“

„Ja, ein Deutscher, er wohnt beim alten Lischke draußen.“

„Die Deutschen, lieber Doktor, interessieren mich für den Augenblick nicht besonders,“ sagte der Leutnant, „Sie dürfen mir das nicht übel nehmen,“ fügte er lachend hinzu.

„Sie haben andere im Kopfe,“ lachte Spiegel, „aber nicht wahr, nun würden Sie sich auch ein halb Stündchen unserer Gesellschaft? Sie glauben gar nicht, welche Vergnügen Sie uns dadurch machen. Unsere Neugier haben Sie überdies so durch einige Andeutungen gespannt. Ihr letztes Abenteuer mit dem Buschkrähdtscher —“

„Gereicht mir gar nicht zum Ruhme,“ lachte Walter,

an seinem Arm in das andere Zimmer zurückkehrend, „denn ich habe dabei böse den Kürzern gezogen.“

„Aber auf welche Art? oh, Fräulein Lischke, Sie machen doch nicht schon Anstalt zum Aufbruch? Sie dürfen uns wirklich noch nicht verlassen.“

„Ich muß nach Hause, bester Doktor,“ sagte Susanna, die schon ihr Tuch umgenommen hatte.

„Susanna, ich will sich unter keiner Bedingung halten lassen,“ sagte seine Frau, „ich habe schon alles mögliche versucht.“

„Und Sie auch, bester Doktor? ja so, Sie begleiten die junge Dame, wenn Sie nur noch ein klein wenig wiederkommen könnten. Es ist freilich so entsetzlich weit.“

„Das ist wirklich nicht möglich, bester Herr,“ sagte Mac Donald in deutscher Sprache, „es ist überdies spät.“

Walter drehte sich bei dem Klang der Stimme nach dem Sprechenden um, dieser aber vernagte sich gegen die Gesellschaft, drückte dem Doktor und dessen Frau und dann auch dem Kapitän herzlich die Hand, und verließ, während sich die junge Dame ebenfalls gegen die Gesellschaft verneigte, und von Frau Doktorin Spiegel und ihrer Mutter hinausbegleitet wurde, mit ihr das Zimmer.

„Wer war der Herr?“ sagte Walter, als sich die Tür hinter ihnen schloß.

„Doktor Schreiber, mein lieber Leutnant, von dem ich Ihnen vorher sagte, ein sehr tüchtiger Arzt, den wir bemögen haben, sich bei uns niederzulassen. Kennen Sie ihn vielleicht?“

„Nein? wie ich ihn erst von der Seite sah, kam er mir bekannt vor, aber sein Gesicht ist mir fremd. Erwähnten Sie nicht vorher, daß der Herr bei jenem Herrn, wie hieß er doch gleich?“

„Lischke, ja dort wohnt er. Die junge Dame war des alten Lischkes Tochter, eine famose Stimme. Jammer schade, daß sie uns schon verlassen hat.“

Mac Donald atmete tief auf, als er das Zimmer verließ. Die Gefahr war wieder, so drohend als je, durch des Mannes Nähe über ihn hereingebrochen, und noch sah er keinen Ausweg, ihr zu entgehen. Blicke er, so war er jeden Tag der Entdeckung ausgesetzt, doch er, so er weckte er gleich von vornherein Verdacht, und wohin sollte er von hier aus entkommen? Doch für den Augenblicke wenigstens hatte er wieder freie Bahn gewonnen, und an

Wahrung ausgesprochen, daß die Parteigenossen trotz der schlechteren Zeitungsverhältnisse einig zusammenstehen möchten, dann werde die jetzt zu Grabe getragene „Volkswacht“ bald wieder auferstehen und als besseres Kampforgan dauernd fortleben.

Wie in München über den Parteitag referiert wurde, davon möge folgende kleine Stelle aus der Rede des dritten Referenten, des Genossen Adolf Müller, leitenden Redakteurs der „Münchener Post“, eine Probe geben. Nach dem Bericht der „Münchener Post“ führte Genosse Müller u. a. aus:

Die Einigungsversuche (zwischen Parteivorstand und den Süddeutschen in Nürnberg) schlugen fehl und es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Einigungsversuche auf alle Süddeutschen einen unangenehmen Eindruck machten. Wenn der Parteivorstand immer in dieser Weise mit den Parteigenossen verhandelt, dann verhandle ich lieber mit einem bürgerlichen Unternehmer. Ein derartig starrs, selbstbewusstes Verhalten habe ich bei Parteiverhandlungen noch nicht erlebt. Der einzige, der entgegenkommen wollte, war Bebel, er konnte aber mit seiner Meinung nicht aufkommen. Als wir, dazu aufgefordert, Vorschläge machten, sagte Singer in brüstem Tone: Ach was, ich habe das Verkleistern satt.

Diese Darstellung stammt bekanntlich vom Genossen Segitz. Genosse Singer hatte sie auf dem Parteitag selbst sofort durch folgende persönliche Erklärung richtiggestellt:

Segitz hat behauptet, ich hätte gestern die Besprechung abgebrochen in dem Augenblick, wo er seine Vorschläge zur Verständigung gemacht hat. Ich erkläre diese Behauptung in allen ihren Teilen für unwahr. (Hört, hört!) Der Verlauf der Sache war folgender: Segitz war der letzte Redner. Er meinte, eine Verständigung sei zu finden, wenn die und die von ihm vorgeschlagenen Änderungen an der Vorstandsvorstellung gemacht würden. Darauf habe ich ausdrücklich gefragt, ob jemand das Wort zur Sache nehme. (Sehr richtig!) Es nahm niemand das Wort. Und darauf habe ich gesagt: Dann sind wir mit unsern Verhandlungen zu Ende und als meine persönliche Meinung habe ich ausgesprochen, daß ich nicht glaube, daß in dieser Weise die Resolution geändert werden könne.

Für den Genossen Müller existiert diese Erklärung Singers überhaupt nicht.

Versammlung der Bürgerschaft.

K. Lübeck, 5. Oktober 1908.

Der Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 1/4 Uhr mit der Mitteilung, daß die Senatsvorlage über die Erbauung einer Brücke über den unteren Seehafen in einer besonderen Sitzung beraten werden soll. Ohne Widerspruch wird die Eingabe des Vereins Innere Stadt betr. das Projekt einer Verkehrsstraße von der nördlichen Vorstadt St. Lorenz zur inneren Stadt und die Eingabe von Bewohnern der nördlichen Vorstadt St. Lorenz betr. Herstellung einer direkten Straßenverbindung der Vorstadt St. Lorenz über die Wallhalbinsel mit der inneren Stadt von der Tagesordnung abgesetzt, da diese Punkte im innigsten Zusammenhang mit dem Brückenaufbau stehen.

Die Versammlung beginnt sodann mit der Beratung der Anträge des Senates: 1. Fortsetzung der Beratung über den Senatsantrag, betreffend die Aufhebung der Freischulen und Staffellung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer.

Senator Dr. Vermehren verteidigt in langen Ausführungen den Senatsantrag. Der Zweck der ganzen Vorlage sei zunächst, Ersparungen in unserem Volksschulwesen durch die Aufhebung der Freischulen herbeizuführen. Auf eine sichere Einnahme von 60 000 Mark könne man nicht verzichten. Redner ersucht um Zurückstellung der theoretischen Erörterungen. In nächster Zeit würden ohnehin schon neue Steuervorlagen, die Gemeindesteuer und das neue Einkommenssteuergesetz, eingebracht, da sei es nicht angängig, auch noch eine Schulsteuer zur Deckung des Einnahme-Ausfalls einzuführen.

Es gehen zwei Änderungsanträge ein. Ein an den Artikel 43 wie folgt abzuändern: Für Kinder solcher Eltern, deren Einkommen unter 1400 Mk. beträgt, ist für das zweite Kind nur die Hälfte des Schulgeldes zu zahlen. Das dritte und jedes weitere Kind ist schulgeldfrei. Der Antrag Freytag will bis zu 1200 Mk. Einkommen Schulgeldfreiheit, auch soll das Gesetz nach drei Jahren revidiert werden.

Direktor Müller wendet sich gegen den in der letzten Sitzung bereits eingereichten Antrag Oldenburg, der vollständige Schulgeldfreiheit verlangt unter Einführung einer Schulsteuer. Eine Unzufriedenheit über den jetzigen Zustand habe das Publikum nicht an den Tag gelegt. Die Mehrheit der Bevölkerung habe sich für Zahlschulen erklärt. Redner beantragt eine nochmalige kommissarische Beratung der Vorlage.

Senator Dr. Eschenburg ist mit dem Antrag Müller auf Kommissionsberatung durchaus einverstanden.

Die Vorlage wird einstimmig an die Kommission zurückverwiesen.

Bei der Beratung des nächsten Senatsantrages betr. Anschaffung von drei Anhängerwagen für die Lübecker Straßenbahn hält

Jenne den Standpunkt nicht für richtig, etwa schwebende Unterhandlungen des Senates betr. Verpachtung der Bahn jetzt durch lange Auseinandersetzungen zu stören. Der Besitz der Straßenbahn ist als ein sehr wertvoller zu betrachten. Nur müßte auf der Hauptlinie eine schnellere Verbindung hergestellt werden. Auch müßte danach gestrebt werden, Schaffner anzustellen. (Widerpruch.) Ferner müßte die Bahn bis nach Schwartau verlängert werden.

Senator Eschenburg: Es hat eine Senatskommission sich mit der Angelegenheit der Bahn-Verpachtung beschäftigt. Die Verhandlungen mit der Berliner Gesellschaft zeitigten das Resultat, daß nunmehr fertige Verträge vorliegen. Die näheren Details könnten jedoch heute nicht mitgeteilt werden. Doch seien die geäußerten Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Die Verträge würden der Bürgerschaft in den nächsten Tagen zugehen.

Stellung unterstützt die Anregung von Jenne, bei der städtischen Straßenbahn Schaffner anzustellen. Man solle nicht damit warten, bis sich abermals ein ähnlicher Unglücksfall ereigne, wie der in der Moltkestraße, wo eine alte Frau vom Wagen herabgestürzt und tödlich verletzt worden sei. Weiter bringt Redner einen Fall zur Sprache, der die Entlassung eines Führers der städtischen Straßenbahn wegen Unzufriedenheit betrifft. Im August d. J. traten die Führer der Straßenbahn zusammen und verständigten sich dahin, in einem Gehalt um eine Gehaltsaufbesserung zu bitten. Mit der Abfassung desselben wurde ein Führer beauftragt. Redner verliest das Gesuch, in dem die Führer mehrere Male „gehorsamst“ bitten, zum Beweise dafür, daß dasselbe äußerst loyal abgefaßt worden sei. Mehrere Tage nach dem Empfang des Gesuches wurden dann 2 andere Führer ins

Bureau gerufen und ihnen hier mitgeteilt, daß ihrem Gesuch, das von fremder Hand geschrieben sei, nicht entprochen würde. Die beiden Führer erklärten, daß einer ihrer Kollegen der Schreiber und Verfasser des Gesuches gewesen sei; sie nannten schließlich, als dem widersprochen wurde, den Namen des Schreibers. Am nächsten Tage erhielt dieser seine Entlassung wegen „Unzufriedenheit“. In dem ihm ausgestellten Zeugnis sei ihm allerdings bestätigt worden, daß er zur Zufriedenheit der Verwaltung seinen Posten ausgefüllt habe. Die Entlassung sei auf das allerentschiedenste zu verurteilen. Die Führer hätten zweifellos Grund zur Unzufriedenheit. Beträgt doch ihr Lohn im ersten Dienstjahre 2,75 Mk. pro Tag, im zweiten Jahre 2,90 Mk. und im dritten 3,05 Mk. Hierzu kommen noch die extra 50 Pfg. täglich bezugenden Kilometergelde. Ein solcher Lohn sei nicht ausreichend, da auch die sog. freien Tage nicht bezahlt werden. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 12 und 14 Stunden. Die durch unerschuldeten Wertpapiere, entstanden durch Straßenregulierungen u., hervorgerufenen Überstunden würden nicht bezahlt. Das sei ungerecht. Da sei das Gesuch der einzige Weg gewesen, den die Führer beschreiten konnten. Denn § 10 der Dienstverordnungen bedrohe die Zugehörigkeit zu einem Verband mit sofortiger Entlassung, entgegen dem klaren Wortlaut des § 152 der Gewerbeordnung. Dieser § 10 sei auch erst in die Dienstbestimmungen aufgenommen worden, als die Bahn verstaatlicht worden sei. Ferner sei der § 11 der Dienstbestimmungen zu monieren, der denjenigen Angestellten, welcher streift oder zum Streik Anlaß gibt, für den dadurch entstehenden Schaden haftbar macht. Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe sein. Hier könne allerdings nicht davon gesprochen werden. Die Entlassung des Führers sei im „Volkswort“ öffentlich kritisiert worden, man könne hier also wohl vom Senatliche aus nicht mit der Bemerkung kommen, die Sache sei der Verwaltungsbehörde nicht bekannt. Die betr. Notiz sei weder richtiggestellt worden, noch sei eine Ermüdung erfolgt — ein Beweis, daß die Angelegenheit sich so zugetragen habe, wie es hier geschildert sei. Zum Schluß ersuchte Redner die Verwaltungsbehörde um Abstellung der von ihm gerügten Mißstände.

Senator Dr. Eschenburg: Die Straßenbahn ist von der Verwaltungsbehörde unter denselben Bedingungen übernommen worden, wie sie unter dem alten Besitze bestanden hatten. Auf die von Stellung vorgebrachten Beschwerden könne Redner heute nicht eingehen.

Eschwarbroch bringt verschiedene Wünsche, die städtische Bahn betr., zur Sprache. Wenn der Staat jetzt die Straßenbahn wieder in Privatände zurückgeben will, so sei dies ohne weiteres als verfehlt zu betrachten.

Dr. Wichmann: Es ist nicht richtig, Sachen zu verkaufen, von denen man nicht weiß, was sie wert sind. Es liegt durchaus im Interesse der Stadt, schon heute die Gelegenheit der Bahn gründlich zu erörtern.

Stender spricht gegen die Anstellung von Schaffnern und gegen die Fortführung der Bahn nach Schwartau. Die Bürgerschaft habe nicht das Recht, in Fragen, die Arbeitsverhältnisse betr., der Behörde Vorschriften zu machen.

Wissell wendet sich scharf gegen die letzten Ausführungen Stenders. Er bedauert aufs tiefste den Grundgedanken Stenders, daß er sich um Arbeiterverhältnisse nicht kümmern. Nur müsse man dann aber auch konsequent sein den Beamten gegenüber. Es sei geradezu unerhörte, wegen einer äußerst höflich gehaltenen Petition einen Angestellten zu maßregeln. Bei jeder Budgetberatung habe er (Redner) die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter kritisiert, und festgestellt, daß dort teilweise Bestimmungen enthalten seien, die die Gesetze auf das größtmögliche verlegen. Der Geist des alten Lübecker Streikpostenverbots scheinere aus Lübeck noch nicht heraus zu sein. Es scheinere, als ob man hier die Arbeiter geradezu provozieren wolle. Redner bedauert, daß keiner der bürgerlichen Redner, die bis jetzt zu der Vorlage gesprochen haben, den Mut gehabt habe, das rigorose Vorgehen des Betriebsleiters der Bahn zu kritisieren.

Aug. Pape: Gleiches recht für alle müsse oberster Grundsatz auch den Arbeitern gegenüber sein. Wissell habe mit seiner Kritik nur recht gehabt.

L. Schwarm: Ich muß zu meinem Bedauern gestehen, daß ich nirgend, auch in dem kleinsten Nest, rückständige Verhältnisse angetroffen habe, als hier in Lübeck. Die Verbindung mit Schwartau wollen nur die dortigen Geschäftsleute nicht. Der Zustand auf der Allgemeinen Straßenbahn ist ein geradezu himmelschreiender. Die Bahn ist für die Gesellschaft nicht weiter als eine gute Goldquelle. Auch auf der städtischen Bahn sind eine Reihe von Mißständen vorhanden. Der bummelige Betrieb ist schon immer als lästig empfunden worden. Die ganze Untertrave, Effenstraße usw. müßten an die Bahn angelassen werden. Auch die Linie nach Nolling, über Genin, an der Walkmühle vorbei nach der Cronsförder Allee ist schon jahrzehntlang in der Presse erörtert worden. Die Lübecker Straßenbahn müsse ausgebaut und erweitert und nicht einem Konkurrenzunternehmen ausgeliefert werden.

Vom Senatliche wird erklärt, daß erst die Senatsvorlage abgewartet werden möchte.

Prof. Dr. Baethke: Die heutige Debatte hat ergeben, daß eine Verpachtung der Bahn in sich mal auch ganz gut sei. (Hört, hört!)

Dr. Wichmann redet einer eigenen Verwaltung der Bahn das Wort.

Drecht würde das Verhalten der Behörde, die einen Straßenbahnschaffner wegen eines Mißbrauches gemäßregelt hat, entschieden verurteilen, wenn der von Stellung erwähnte Fall auf Wahrheit beruhe. Vom Senatliche ist den Klagen Stellungen nicht widersprochen worden.

Landrichter Meyer legt als Jurist Verwahrung ein gegen die Behauptung Wissells, daß die Bürgerschaft zu der Maßregelung des Schaffners nicht Stellung genommen habe.

Stellung: Die Angelegenheit ist dem Senat durch den „Volkswort“ bekannt geworden. Eine Berichtigung ist seitens der Behörde nicht erfolgt. Nicht ein einziger Fall konnte hier angeführt werden, daß er und seine Freunde bei Vorbringung von Klagen die Unwahrheit gesagt hätten.

Wissell: Jedes Mitglied hat das Recht, ganz nach seinem Belieben hier Klagen vorzubringen, wie es ihm passe. Redner wendet sich dann gegen Landrichter Meyer.

Drecht: Stellung könne nicht wissen, ob die vorgebrachten Klagen auf Tatsachen beruhen.

Hiel wiederholt Wünsche betr. Ausbau von Linien. Landrichter Meyer polemisiert nochmals gegen Stellung und Wissell.

Stellung: Es ist unser gutes Recht, hier Sachen vorzubringen, ohne vorher dem Senat davon Mitteilung zu machen. Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen.

Nach Annahme eines von Dr. Ziehl gestellten Schlusssantrages und einer persönlichen Bemerkung Wissells gelangt der Senatsantrag zur Annahme.

Ohne Debatte werden angenommen die Senatsanträge betr. Verstärkung der im Staatsbudget für 1908 für persönliche Bureaukosten des Katasteramts vorgegebenen Mittel und betr. Nachbewilligung von 10586,70 Mk. zu den Ausgaben des Landarmenverbandes im Rechnungsjahre 1907.

Es beginnt sodann die Beratung des letzten Senatsantrages über die Revision des Gesetzes vom 7. Juli 1902, betreffend die Wohnungspflege in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten.

Dr. Wehke: Der vorliegende Entwurf bringt wesentliche Verbesserungen gegenüber dem alten Gesetz, so die Einrichtung von Kreisvorlegern. Redner ersucht um Annahme des vorliegenden Entwurfs. Der im Entwurf vorgesehene Registraturbeamte genüge nicht und ersucht der Redner um dessen Ablehnung.

Senator Kulenkamp sucht die Bedenken, die Dr. Wehke gegen das Gesetz vorgebracht hat, zu zerstreuen und gibt Erläuterungen über die Tätigkeit des Registraturbeamten. Der Senat hofft, daß die Behörde auf dem Gebiete der Wohnungspflege in Zukunft mehr zu tun bekommen wird, als es jetzt der Fall sei.

Dr. Eschenmann fragt an, ob nicht die Heranziehung von Frauen zur Wohnungspflege in Erwägung zu ziehen sei. Die Frau könnte auf diesem Gebiete sehr segensreich wirken.

Senator Dr. Kulenkamp: Die Frage der Heranziehung von Frauen zur Wohnungspflege ist tatsächlich erörtert worden, doch ist vorläufig die Frage noch nicht spruchreif. Es ist in Anregung gebracht, die Frauen speziell in der Armenpflege zu verwenden.

Wissell ist ebenfalls der Ansicht, daß die Frau sich zur Handhabung der Wohnungspflege sehr gut eignet. Ein einziger Beamter sei mit Recht viel zu wenig für diesen Posten. Redner bedauert die Ablehnung des Wohnungskontrollrats. Der Wohnungskontrolleur könnte dann auch endlich einmal die Zustände in den Gängen in einer Denkschrift verarbeiten. Die Wohnungspfleger müßten zu drei Vierteln aus den Mietern ausgewählt werden und nicht nur aus Hausbesitzern, die meistens finanziell an der Frage interessiert sind.

Glasau ersucht um unveränderte Annahme der Senatsvorlage.

Stender: Die Arbeiten könne ein einfacher Schreiber verrichten. Dazu sei kein Techniker nötig. Redner beantragt Kommissionsberatung. Die Wohnungsverhältnisse in Lübeck seien noch lange nicht so schlimm, wie immer hinausgeschrieben werde. Die Sache habe gar keine solche Eile.

Am Senatstisch wird der Senatsantrag verteidigt.

Dr. Wehke: Der Beamte, so wie er jetzt gedacht ist, wird entweder ein unglücklicher Mensch oder er macht gar nichts. Da so wenig Fälle von Anzeigen die Wohnungspflege betr. vorliegen, ist der Beweis erbracht, daß die Wohnungsfrage in Lübeck noch besser sei als in Mittel- und Süddeutschland. Für die Verwendung von Frauen ist Redner nicht zu haben.

Prof. Baethke unterstützt den Vorschlag Wissells, auch Mieter als Wohnungspfleger zu wählen. Nach der Vorlage solle nicht mehr der Bürgerausschuß die Vorschläge machen, sondern die Behörde, so wie es bei der Armenverwaltungsbehörde üblich sei. Durch die Neueinführung des Systems der Kreisvorstände würde jedenfalls eine Verbesserung eintreten. Redner ersucht ebenfalls um Ablehnung des Beamtens.

Senator Kulenkamp: „Den Bauenkontrollreuren könne die Tätigkeit als Wohnungspfleger nicht noch aufgebürdet werden.“

Hiele: Die Wohnungspfleger müßten einmal feststellen, wieviel Personen in so einer Ganghütte wohnen. Teilweise wohnen bis 8 Personen in den engen Räumen.

Lippert: Ein einheitlicher Aufbau der Wohnungspflege sei erste Aufgabe. Ohne Beamte sei eine auf die Dauer wirksame Wohnungspflege nicht denkbar. Überall seien Beamte nötig. Der Beamte wird, wenn er sein Amt richtig auffaßt, sehr viel zu tun bekommen. Er bittet um Annahme der Senatsvorlage.

Dr. Ziehl plädiert ebenfalls für Verabschiedung der Vorlage. Die Frau müsse in Zukunft mehr im öffentlichen Leben beschäftigt werden.

Stender: Wir brauchen keinen Beamten für dieses Gesetz, wir brauchen überhaupt kein solches Gesetz. Das sei überflüssig. Das beste wäre es, das ganze Gesetz über die Wohnungspflege würde aufgehoben. Die Baubeamten suchen schon jetzt dem bauenden Publikum Schwierigkeiten zu machen. (Für diese Äußerung wird der Redner zur Ordnung gerufen.) Hierauf mildert Redner seine Ausführungen dahin, daß er sage, die Beamten suchen in der Bauordnung immer nach neuen Gesichtspunkten.

Vom Senatstisch wird gegen den den Baubeamten auch in der gemilderten Form gemachten Vorwurf Verwahrung eingelegt.

Nach längerer Debatte, an der sich Baethke, Glasau, Dr. Wehke, Lippert beteiligen, wird die Senatsvorlage angenommen.

Es folgt hierauf die wiederholte Beratung des Antrages von Peter Pape und Genossen: die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, als Staatsmittel den Betrag von 5000 Mark für die Abgebrannten in Donaueshingen zur Verfügung zu stellen.

Peter Pape: Es wäre nicht uninteressant zu erfahren, warum der Bürgerausschuß eine geringere Summe für die Abgebrannten bewilligt habe. Sollte etwa aus Sparsamkeit so verfahren worden sein? Für ein Segelwettfahren habe der Senat 1000 Mk., für ein Travemünder Rennen sogar 2500 Mk. hingegeben, für die Abgebrannten in Donaueshingen habe man jedoch nur 1000 Mk. übrig. Dort seien wirklich Notleidende vorhanden.

Peters: Bewußt ist Sparsamkeit das Motiv gewesen, die Summe so niedrig zu bemessen. Andere Städte haben noch weniger gegeben. Durch die Förderungen des Travemünder Sports würden dort große Einnahmen erzielt und wir sparen das Steuerzählen.

Der Antrag Pape wird gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Antrag von F. J. W. Klein: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Aufnahme der Pensionsberechtigten Hilfsarbeiter in den Beamtenbesoldungsetat in Erwägung zu ziehen.

Mürling begründet an Stelle des Antragstellers den Antrag. Die Beschäftigung des Hauses wurde darauf erfolgreich angewandt; es erfolgte deshalb am 10. Uhr. Die nächste Sitzung findet am 19. Oktober, abends 6 Uhr, statt.

Aus Nah und Fern.

Bluttat. In Meseritz (Prov. Posen) kam es in der Nacht zum Montag gegen 1 1/2 Uhr infolge einer Rempel in der Hohen Straße zu Fäcilkeiten zwischen jungen Leuten, in deren Verlauf der Bautechniker Dau einen Fleischergesellen erschoss und einen Arbeiter durch einen Schuß in den Unterarm verletzte. Der Täter wurde verhaftet.

Ein Justizmord. Aus Gießen wird berichtet: Einem Justiztrium zum Opfer gefallen ist, wie verschiedene Blätter berichten, ein im Jahre 1906 in Gießen hingerichteter Handwerksbursche. Derselbe war wegen Ermordung

